

# Der Textil-Arbeiter

**Bereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

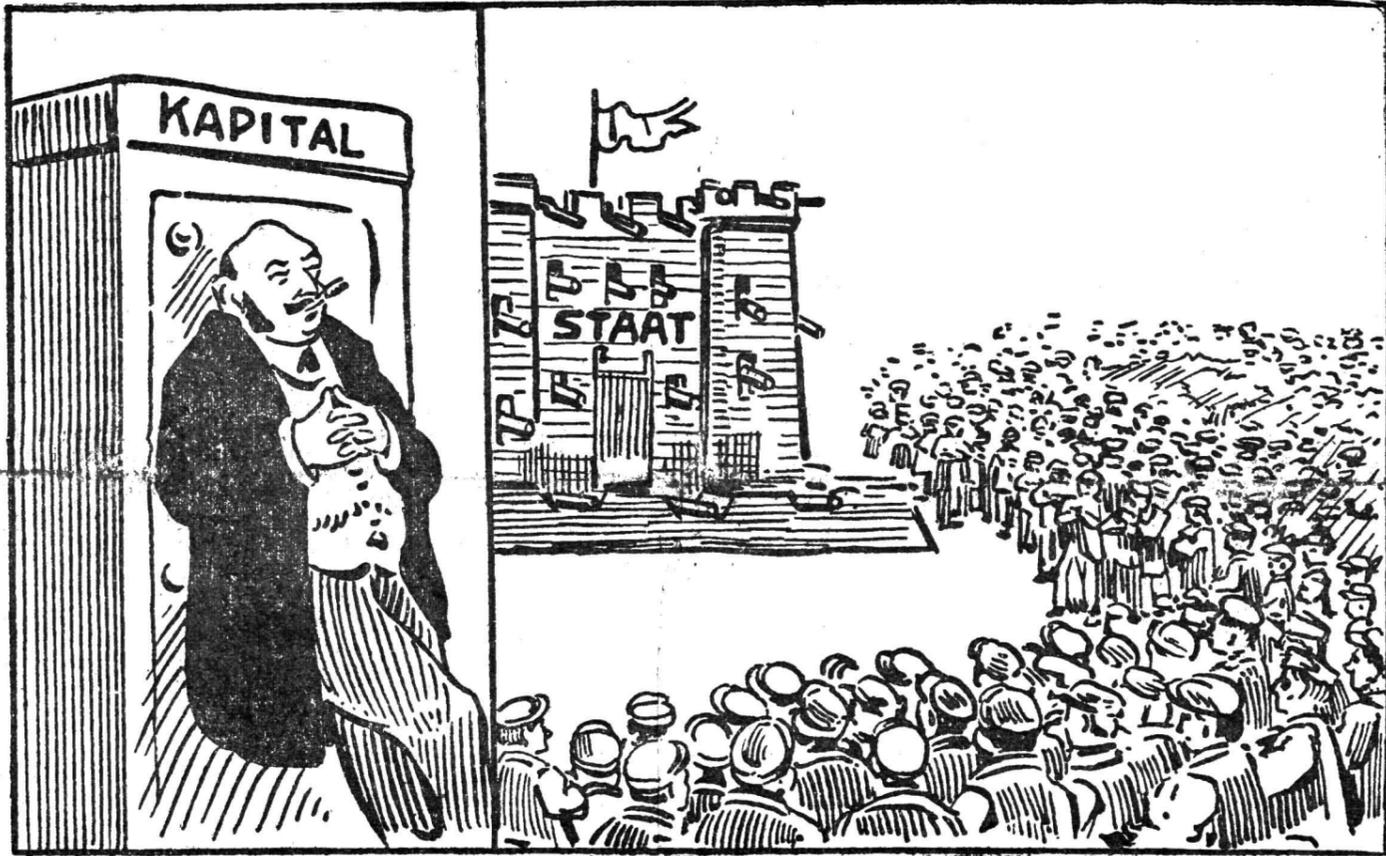
Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehmä, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

### Zum 1. Mai!

Bald könnt auf dem weiten Erdenrund  
Es lauf von der Arbeit Geschlecht:

Die Arbeit sie gibt ihren Willen kund  
Und fordert von neuem ihr Recht!

Wer leben will, soll auch arbeiten; ist hoch die Arbeit dem Menschen schon von der Natur aufgesetzt, und niemand kann verlangen, daß andere für ihn mitarbeiten sollen, so daß er sich schonen könne.



Über arbeitet, soll auch in geistigem Maße ruhen können, und niemand kann verlangen, daß die alle Werte schaffende Arbeit zugunsten des Müßiggangs ihre Kraft vorzeitig verbräunt.

**Der Bourgeois:** Ich habe Zeit, zu warten, denn ich bin mit allem versehen und der Staat hat die Aufgabe, mich zu schützen. Schaut auf seine Kanonen und ihr wißt Bescheid.

**Der Staat (sich an die Arbeiter wendend):** Wenn Ihr Euch rührt, wird auf Euch geschossen, also verhaltet Euch ruhig!

**Die Arbeiter:** Fällt uns gar nicht ein zu rebellieren, durch die Kraft der Vereinigung werden wir siegen. Wir organisieren uns zu unserem gemeinsamen Wohlergehen.

### Für den Achtstundentag!

Die Arbeit ist zum physischen, die Ruhe zum geistigen Fortschritt nötig; von der ersteren sind die Reichen, von der letzteren die Armen ausgeschlossen. Ein Zustand, welcher die Vorteile beider vereinigte, wäre den Liebsten keiner von beiden unterworfen. Wenn es an fester Gesundheit oder harter Fleißkraft fehlt, der ist nur ein halber Mensch; daraus folgt, daß die arbeitenden Klassen zu unruhiger Arbeit zwingen sie jeder Gelegenheit zu geistiger Bereicherung nutzlos berauben heißt, und daß die Reichen zu ihrem eignen Unheil die Krankheit der Erschöpfung und Langeweile sich aufbürden, wodurch ihre Dasein zu einer unerträglichen Last wird.

Wäre die nötige Arbeit gleichmäßig unter alle verteilt, so wäre der Anteil jedes Menschen an der Arbeit leicht und sein Nußanteil groß. Diejenigen Stunden, welche nicht zur Erzeugung der nötigen Produkte erforderlich sind, mögen der Ausbildung des Verstandes, der Bereicherung unserer Kenntnisse, der Bereicherung unseres Gemüts gewidmet werden und uns solchermaßen neue und gewaltigere Quellen des Genußes eröffnen.

Der Prozeß gegen die Textilindustriellen Walte in Kottbus, die wegen betrügerischen Bankrotts angeklagt waren, hat uns die Wahrheit der vorstehenden Worte in äußerst drastischer Weise erkennen lassen. Jahreslang, wohl ein Menschenalter hindurch, haben Textilarbeiter und Arbeiterinnen in dem Walteschen Betriebe gekämpft vom frühesten Morgen bis in die sinkende Nacht, ohne etwas anderes für sich zu erreichen, wie das frühzeitige Verlassen ihrer Kraft, das Eintauschen von Sickness und Gland für die Lebensfreude, für die auch sie geboren waren. Der Ruin des Betriebes wäre sicher von den Patronen in alle Windrichtungen verkündet worden, wenn die Walteschen Textilarbeiter gekommen wären und eine kürzere Arbeitszeit, viellecht den zehnstündentag verlangt hätten, den nun die Lausitzer Tuchfabrikanten endlich vom 1. Oktober dieses Jahres ab bewilligt haben. Wir haben es ja die Jahre hindurch in allen Tonarten hören können, daß der Untergang der Industrie besiegelt wäre, wenn man die tägliche Arbeitszeit auch nur um einige Minuten, geschweige denn um Stunden verkürzt hätte. Und nun kommt der Prozeß jener Kottbusser Textilbarone und bestätigt uns, was wir immer behauptet haben, nämlich, daß es mit der Rentabilität der Textilbetriebe gar nicht ungunstig steht. Er bestätigt uns, daß die Textilarbeiter des Walteschen Betriebes jährlich ein Vermögen von 200 000 bis 230 000 Mk. zusammenschindeten; allerdings nicht für sich, sondern mit unserer heutigen Gesellschaftsordnung für den Besitzer der Produktionsmittel, dessen

Spröhlunge Langeweile hatten und in diesem Zustande nichts Besseres anzufangen wußten, wie das von den Arbeitern in harter Jahresfron zusammengesundene Vermögen in der leichtsinnigsten Weise zu verjubeln. Wir haben es ja gehört, daß so ein Zwanzigmarkstück, für dessen Wert heute in Deutschland Mann und Frau Tausender Textilarbeiterfamilien nahezu eine ganze Woche schinden müssen, für den Fabrikanten spröhlung den verächtlichen Wert eines Sechserstückes besaß.

Und wer unsere Textilbarone kennt, der weiß, daß diese Sorte Waltes nicht vereinzelt sind, daß sie alle im Geldverschwendung tausendfältigere Gewandtheit besitzen wie im Arbeiten.

Namentlich die jüngere Generation liefert Waltes, d. h. Kurlebemänner in großer Zahl. Während die Alten noch vielfach ihre Betriebe selbst leiteten, haben die jungen Nachfolger heute ihre technischen und kaufmännischen Betriebsleiter, die berufen sind, die Mehrwertwirtschaft in die Wege zu leiten, damit der Herr Chef sich dem Pferde-, Automobil-, Aviatic- und sonstigen Sport ungehindert widmen kann. Natürlich wird dadurch die Betriebsleitung erheblich teurer. Die Mehrwertschinderei wird daher immer rücksichtsloser. Der Chef, der seine Kraft in der Hauptsache in der Betätigung auf den verschiedenen Sportgebieten verwendet, verteuert gegenüber dem, der sich selbst um die Betriebsleitung kümmert, aber nicht nur die Betriebskosten beträchtlich, sondern er verbraucht bei der Befriedigung seiner Sportpassionen natürlich auch weit größere Summen Geld. Daher kommt es, daß man heute hartnäckiger denn je alle Wünsche der Arbeiter als unerfüllbar zurückweist. Die Langeweile des Fabrikanten und seiner Sippschaft kostet viel Geld, deshalb verlangt man, daß trotz aller technischen Verbesserungen in der Gütererzeugung die Arbeitererschaft täglich schindet bis zur äußersten Erschöpfung.

Ganz enorm ist die Leistungsfähigkeit der deutschen Textilindustrie in den letzten 20 Jahren gestiegen. Konnten wir nicht erst in der Nr. 15 des „Textilarbeiter“ einen unwiderlegbaren Beweis dafür bringen? Es war der Vorsitzende der Handelskammer inachen, der Textilindustrielle Dr. Delius, der in einer längeren Rede, in welcher er die schiefen Darstellungen über die Mächener Textilindustrie berichtigte, die der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes, Herr Schiffer, auf der Tribüne des Reichstages von dem „Mächener Volksfreund“ abgelesen hatte, nachwies, daß die Produktionsmengen, welche 21 000 Arbeiter vor 25 Jahren mit den damaligen Maschinen erzeugten, heute mit

Leistungsfähigkeit von 10 000 Arbeitern hergestellt werden. Das heißt mit anderen Worten, die Leistung der Arbeiter hat sich in den letzten 25 Jahren mehr denn verdoppelt. Das ist ein glänzendes Zeugnis für die deutsche Textilarbeitererschaft. Sie hat sich der Entwicklung der Technik in ungabntem Maße angepaßt. Aber mit der Konstatierung dieser Tatsache ist es nicht getan. Die intensivere Arbeitsweise an den heutigen Maschinen stellt viel höhere Anforderungen an die physischen und geistigen Kräfte der Arbeiter wie vor 25 Jahren. Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit, daß die tägliche Arbeitszeit eine erheblich kürzere sein muß, soll nicht die Gesundheit der Arbeiter gar zu schnell zugrunde gerichtet werden. Nehmen wir an, daß die Arbeitszeit vor 25 Jahren täglich 12 Stunden betrug und heute 10 Stunden beträgt, so hat zwar eine Verkürzung der Arbeitszeit um  $\frac{2}{12}$  stattgefunden, die Produktion aber hat sich nach Dr. Delius um 110 Proz. erhöht. Die bisherige Verkürzung der Arbeitszeit kann also vom Gesichtspunkt etwaiger Mindererzeugung gar nicht in Betracht kommen. Hat sich aber bei der zehnstündigen Arbeitszeit gegenüber der zwölfstündigen eine Produktionsvermehrung von so großem Umfange ergeben, so ist mit Sicherheit, trotz aller entgegenstehenden Behauptungen, anzunehmen, daß sich bei einer Verkürzung der Arbeitszeit von nochmals zwei Stunden, also bei Einführung des Achtstundentages, keine erhebliche Produktionsrückbuße ergeben würde. Doch möge dem sein, wie ihm wolle. Auch nach Einführung des Achtstundentages würde die Leistungsfähigkeit der Industrie immer noch mindestens um 75 bis 80 Proz. größer sein wie vor 25 Jahren. Und da der Achtstundentag notwendig ist aus Gründen der Gesundheit der Arbeiter und ihrer Erhebung zu höherer Kultur, so hat die klassenbewußte Arbeitererschaft diese Forderung zu ihrer wichtigsten erhoben und einen Tag im Jahre, den 1. Mai, dazu bestimmt, um an diesem Tage für den Achtstundentag ganz besonders Propaganda zu machen. Noch trocken zwar die Kapitalisten, pochend auf die Kanonen und sonstigen Machtmittel des Staates, ganz wie es unser obiges Bild zeigt, dieser Forderung der Arbeit. Aber die Organisation des Proletariats, die von Tag zu Tag erheblichen Zustrom erhält, wird auch diesen Trost brechen.

Geloben wir uns, am 1. Mai mit unseren Lebens- und Gesinnungsgenossen der ganzen Welt zu wetteifern in der Propaganda:

Für den Achtstundentag!

Inhalt.

Zum 1. Mai! — Für den Achtstundentag! — Der Sturm der Reaktionäre auf die Sozialreform. — Haltet alle Kraft zusammen! — Ist die englische Arbeitszeit zweckmäßig? — Ist die Einführung der englischen Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter ohne Genehmigung der Verwaltungsbehörde gesetzlich zulässig? — Verwendungszwecke für Baumwolle in Amerika. — Die Mohawle und ihre Vorbehandlung. — Zur Lohnbewegung der Färber in Chemnitz. — Wahl zum Gewerkschaftskongress 1911. Aus den Branchen. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Bewegung in anderen Berufen. — Politische Nachrichten. — Soziales. — Gesundheitswesen. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Frühlingsmahnen. — Fachgewerbliche Rundschau.

Der Sturm der Reaktionäre auf die Sozialreform.

22 Jahre nach jener großartigen internationalen Proklamation zugunsten eines wirksamen Arbeiterschutzes auf dem Internationalen Arbeiterkongress im Jahre 1889 zu Paris, und 21 Jahre nach dem Ergehen der kaiserlichen Erlasse, in denen sozialpolitische Ansichten niedergelegt waren, die hoffnungsfrohe Schwärmer an ein soziales Kaiserium glauben ließen, haben die Reaktionäre und Scharfmacher aller Schattierungen einen Sturm auf die Sozialreform begonnen, der ihr das Rückgrat ein für allemal brechen soll. Schon seit Jahren geht ja der Versuch, die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankentafeln zu brechen, als Forderung des Tages durch die Verhandlungen der Unternehmerverbände und sonstigen arbeitgeberfeindlichen Interessengruppierungen. Jetzt hat nun die langjährige Wührarbeit der Arbeiterseite dazu geführt, daß der sogenannte schwarz-blaue Fesselblock im Reichstage die Führung zu dem Sturm auf die Sozialreform übernommen hat. Unter dem verlogenen Vorgeben, die Arbeiterversicherung durch Zusammenfassung in einem einheitlichen rechtlichen Bau zu vervollkommen, will man dazu übergehen, an Stelle des Rechts die Willkür aufzupflanzen. Zwischen Ostern und Pfingsten soll dieses reaktionäre Tun bei der zweiten Lesung der Reichsversicherungsordnung durchgeführt werden. Junker, Pfaffen, christliche Gewerkschaftsführer und nationalliberale Fabrikanten sind sich einig geworden, den Raub an der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankentafeln zu vollziehen. Die Reichsversicherungsordnung umfaßt 1754 Paragraphen, in denen die Bestimmungen der Unfall-, Alters- und Invaliden-, der Kranken- und der Hinterbliebenenversicherung enthalten sind. Schon der Entwurf der Regierung enthielt eine Menge Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Zustande, die Mehrheit der Reichsversicherungscommission des Reichstages hat aber noch eine Menge Verschlechterungen hineingebracht. Das Organ der Brotwucherer, die „Deutsche Tageszeitung“, gibt das unumwunden zu. Sie schreibt:

„Gewiß enthält die Reichsversicherungsordnung manche neue Belastung der Unternehmer und auch sonst manche einzelne Bestimmungen, die aus diesem oder jenem Grunde bedenklich ist. Weite rechtsstehende Kreise sind der Meinung, daß es weder zweckmäßig noch gedeihlich sei, die Krankenversicherung grundsätzlich und von Reich wegen auf die Landarbeiter und die häuslichen Dienstboten auszudehnen. ... Trotzdem möchten wir davor warnen, daran das ganze Gesetz scheitern zu lassen. Wie die Landkrankentafeln jetzt in dem von der Kommission beschlossenen Entwurfe gestaltet sind, müssen sie als erträglich bezeichnet werden. Auch in der Straffrage, in der die Anbahnung eines aussichtsreichen Friedens doch so wünschenswert erscheint, ist schließlich ein Kompromiß zustande gekommen, das vom beiderseitigen Standpunkte annehmbar erscheinen kann. Ferner erfüllt der Entwurf eine Forderung, die seit Jahren immer dringender von den rechtsstehenden Kreisen und Parteien erhoben und verfolgt wurde, nämlich die der Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses in den bisherigen Krankentafeln. Auch in dieser Beziehung bietet die Fassung der Kommission mehr und besseres als die Regierungsvorlage. Und es ist ein Einverständnis zwischen den führenden großen Parteien erreicht worden, das immerhin als erfreulich bezeichnet werden muß. Wer sich die außerordentliche Mühe vergegenwärtigt, die die Herbeiführung dieses Einverständnisses in sachlicher wie in politischer Hinsicht gekostet hat, der wird schon aus diesem Grunde kaum wünschen können, daß eine Arbeit verloren gehe, aus der doch in mancher Beziehung ein politischer Gewinn erwachsen kann.“

Wenn das Dertelche Papier mit der „Verbesserung“ der Regierungsvorlage zufrieden ist, kann man sich schon denken, wie die „Verbesserung“ aussieht, noch dazu, wenn man bedenkt, daß sich das Anwesenorgan grundsätzlich gegen die Krankenversicherung der Landarbeiter ausspricht. Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die hier wirklich allein die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen hat, bei der zweiten Lesung alles aufbieten muß, um die Verschlechterungen herauszubringen.

Frühlingsmahnen.

Wenn das alles mit Leben und Wärme erfüllende Licht der Welt, vom tiefen Horizonte aufsteigend, täglich höher am Zenith erstrahlt, die Natur aus ihrem Winterschlaf gerissen, dann grünt und blüht es rings in der Weite. Alles jubelt auf in der Freude, daß die Winternisse des Winters endlich vorübergegangen sind, und zieht am Sonntage hinaus ins Freie, ins Grüne, um durch ozonreiche Waldluft Herz und Lunge zu erfrischen und zu kräftigen. Der Winterbann ist gebrochen, alles ist von belebender, machtvoller Gewalt erfüllt, alles sucht sich Raum zu schaffen. Der Frühling hält seinen Einzug, spendet Licht, Leben und Freude.

Doch auch eine andere Welt ist von diesem Drange der Stärke und Kräftigung nicht unberührt geblieben. Zahlreich haben sich auch wieder Kapitalismächte zusammengeschart, um die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in rationellster Weise besorgen zu können. Die heutige kapitalistische Organisation der Wirtschaft, welche Tausende und Abertausende in das Joch der Not und Entbehrung zwingt, welche kein Halt kennt vor den heiligsten Gütern der Menschheit, auch sie entfaltet neues Wirken zum Nachteil des arbeitenden Volkes.

Dies sollte jedem zum Denken Anlaß geben, denn eine jede neue Konzentration des Kapitals, eine jede neue Stärkung des Kapitalismus bedingt eine weitere Uebererzeugung der Dinge des Lebensbedarfes und somit zugleich eine intensivere Verelendung der Massen. Der Kapitalismus ist nicht des Sinnes, diese in Fülle vorhandenen Produkte dem Nutzen der Allgemeinheit darzubringen; der Allgemeinheit, doch vor allem den Erzeugern dieser Kulturgüter, den in elenden Verhältnissen schmachtenden Arbeitern, entzückt er diese in Fülle vorhandenen Artikel der Befriedigung der Lebensbedürfnisse im egoistischen Profitinteresse vor. Er, der Moloch Kapitalismus, kennt die Erzeuger des Mehrwertes nur einzig und allein als Ausbeutungsobjekte, als Ware „Arbeitskraft“. Nicht hält er für nötig, den menschlichen Bedürfnissen sowie dem Göttesdrang der Massen nach Höherem und Ehlerem Rechnung zu tragen. Die Tendenz des Kapitalismus zeitigt eine Vertiefung und seelische Abstumpfung der Massen.

Arbeitsbrüder, Arbeitsschwärmer, zieht aus diesen unvermeidlichen Ergebnissen unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung Eure Lehren. Bedenkt dabei, daß jede neue Konzentration

Es war auch bisher bei allen Beratungen von Gesetzentwürfen in zweiter Lesung sichtlich, Anträge zu den einzelnen Paragraphen zu stellen, auch dann, wenn diese Anträge bei der Kommissionsberatung abgelehnt worden sind. Bei der zweiten Lesung der Reichsversicherungsordnung soll das nun nicht gestattet werden.

Wenn der Zolltarif vom Jahre 1902 als Anhang zu einem Mantelgesetz in einigen wenigen Paragraphen en bloc angenommen wurde, so schlägt die „Nationalliberale Korrespondenz“ zwecks Durchdringung der Versicherungsordnung etwas Ähnliches vor. Es soll eine Einigung der Zweidrittelmehrheit dahin erzielt werden, daß man sich bei den einzelnen „Blöcken“ der Reichsversicherungsordnung möglichst auf eine allgemeine Aussprache über die Kommissionsfassung beschränkt und möglichst auch die Enbloc-Annahme ganzer, großer Abschnitte zu erreichen sucht: „Es würde dabei nicht verschlagen, bei einiger Aussicht auf Erfolg die Tagung unter Verzicht auf die ohnehin unbrauchbare „Herzfreistellung“ nötigenfalls auch noch etwas über Pfingsten auszudehnen. Freilich bieten die 1754 Paragraphen einem sozialdemokratischen Obstruktionsgelüht unbegrenzte Möglichkeiten. Wir möchten es aber doch nicht für ausgeschlossen halten, den Gesetzentwurf auch gegen die Sozialdemokratie zur Verabschiedung zu bringen, wenn die Mehrheitsparteien unter entschlossener Anwendung aller ihnen durch die Geschäftsordnung gebotenen Mittel zusammenhalten, um dem Willen der Majorität und damit dem obersten Prinzip des Parlamentarismus zur Geltung zu verhelfen.“

Das ist nichts anderes, wie ein großer Bruch der Geschäftsordnung des Reichstages. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ gibt das auch unumwunden zu, steht aber auf dem Standpunkt, daß der Zweck die Mittel heiligt. „Wenn eingewandt werden könnte“ — sagt sie — „daß eine derartige parlamentarische Behandlung dem § 19 der Geschäftsordnung des Reichstages widerspricht, so kann diesem Bedenken entgegengehalten werden, daß Geschäftsordnungen, abgesehen von ihrem Zweck, die Minderheiten vor Vergewaltigung zu schützen, dazu dienen, die parlamentarische Ordnung aufrecht zu erhalten und die Förderung der parlamentarischen Geschäfte zu unterstützen. Sie sind immer nur Mittel zum Zweck und als solche nur sekundärer Natur. Jeder Verein, jede parlamentarische Körperschaft, muß in der Lage sein, sie abzuändern, wenn ihr Mißbrauch seitens der Minderheit die Aktionsfähigkeit der Mehrheitsparteien hindert und damit dem Wesen des Parlamentarismus ins Gesicht schlägt.“

Das ist wohl der Gipfel scharfmacherischer Unverschämtheit. Das Eintreten der parlamentarischen Minderheit, also der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, für die Rechte der Arbeiter wird hier dreifach als Mißbrauch bezeichnet und daraus das Recht zur parlamentarischen Vergewaltigung hergeleitet.

Und warum das alles? Nun, weil die reaktionäre Sippschaft weiß, daß der nächste Reichstag nicht so reaktionär sein wird, wie der des Schnapsbodes, und deshalb Unrecht zu Unrecht gehäuft werden müsse, um die Verschlechterung der sozialpolitischen Gesetzgebung noch von diesem Reichstage durchzuführen zu lassen. Dabei soll diese Luderpolitik den herrschenden Klassen noch obendrein zu einem unerhörten Volksbetrug dienen.

Da mit dieser Reichsversicherungsordnung die sozialpolitische Gesetzgebung auf unabsehbare Zeit als abgeschlossen gelten soll, demnach also keine Aussicht vorhanden ist, daß die jetzt zu beschließenden Verschlechterungen demnächst wieder ausgemerzt werden können und weil die sozialdemokratische Reichstagsfraktion niemals für die Entrechtung der Arbeiter in der Krankenversicherung sein wird, sie demnach auch nicht für ein solches Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter stimmen kann, so soll der schwarz-blaue Block sich nachher zum Lügenblock zusammenschließen und die Ablehnung der Reichsversicherungsordnung durch die Sozialdemokratie in eine Arbeiterfeindschaft der Sozialdemokratie umklagen. Es ist der galizische Scharfmacherjournalist Schweinburg, der diesen wenig sauberen Plan ausgedacht hat. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ ist auch ganz entzückt von diesem Plane. Sie sagt, die Mehrheitsparteien sollten dem Himmel danken, wenn auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Odium der Ablehnung der Reichsversicherungsordnung falle. Die lange gesuchte wirksame Wahlparole wäre dann endlich gefunden. Die Sozialdemokratie könnte dann unter Hinweis darauf, daß sie gegen die Reichsversicherungsordnung gestimmt habe und natürlich unter Verschweigung der Gründe, die dazu Veranlassung gaben, als arbeitgeberfeindliche Partei beschrien werden. Doch gemacht! Dieser gemeine Trick, so sauber er auch geplant ist, er wird elend versagen. Die Karten sind da erfreulicherweise zu zeitig aufgedeckt worden. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion als Gegenstoß auf diesen gemeinen Trick die Anträge beröffentlichen, die sie zur Reichsversicherungsordnung gestellt hat und die von dem arbeitgeberfeindlichen Block der Mehrheitsparteien abgelehnt worden sind, dann wird das Lügengebäude des Fesselblocks elend zusammenbrechen. Und es wird elend zusammenbrechen — dafür wird der enorme Agitationsapparat der Klassenbewußten Arbeiterschaft sorgen — noch während der Beratung des Gesetzes.

Es muß doch eine geradezu phänomenale Wirkung in der Entlarbung der reaktionären Schwärmer hervorgerufen, wenn wir den Arbeitern die Stimmen vorführen, die erkennen lassen, wie un-

erhört der Verrat ist, der hier an den Arbeitern begangen worden ist. Wenn wir da zum Beispiel die „Deutsche Tageszeitung“ zitieren und dadurch beweisen werden, daß die Mehrheitsparteien die Reichsversicherungsordnung nicht durchgepeitscht haben, um den Arbeitern zu dienen, sondern um sie enorm zu schädigen. Schrieb doch das agrarische Blatt folgendes:

„Gewiß haben an dem Zustandekommen des Gesetzes trotz ihrer ehrlichen, selbstlosen und erfolgreichen Bemühungen die Konfessionen und die Agrarier von den Kompromißparteiern das geringste Interesse. Was wird aber schließlich, wenn der Entwurf jetzt scheitert? Er würde sicher wiederkommen, ja wahrscheinlich dem nächsten Reichstage sofort wieder vorgelegt werden. Ob sich dann vom Standpunkte der rechtsstehenden Parteien auch nur das erreichen lassen würde, was jetzt erreicht wird, ob eine Mehrheit sich wieder zusammensindet wie jetzt, das ist mindestens fraglich.“

Schon heute können wir also festnageln, daß die Mehrheitsparteien nur deshalb für die Reichsversicherungsordnung stimmen, weil sie meinen, einen weiteren Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung auf weit hinaus vermaßen zu können und weil sie der Ueberzeugung sind, daß von einem zukünftigen Reichstage nicht soviel Verschlechterungen der sozialpolitischen Gesetze zu erreichen sind wie vom gegenwärtigen.

Und auch den Verrat der „christlichen“ Gewerkschaftsführer, wie denjenigen des Zentrums überhaupt, an den so vitalen Interessen der Arbeiter, werden wir festnageln können, an den Ausführungen der „christlichen“ Gewerkschaftsführer selbst. Denn nach Ausführungen des Allertagspolitiker Giesberts in Dortmund wollen ja die christlichen Maulhelden stark mit in das Horn zur Verleumdung der Sozialdemokratie hineintreten. Es wird dann gut sein, ihnen mit ihren früheren Ausführungen über die Gestaltung der Krankenversicherung den verlogenen Balg zu durchblauen.

Hören wir einmal, wie die christlichen Arbeiter bisher über die Reichsversicherungsordnung der Regierung geurteilt haben. Auf dem christlichen Gewerkschaftskongress in Köln 1909 sprach ein Teilnehmer des westfälischen Zentrumsparteitages, der Arbeitersekretär Bede, über die Reichsversicherung. Er geißelte in den schärfsten Worten die Mißstände in den Betriebskrankentafeln, die Willkürherrschaft, gegen welche die Arbeiter aus Furcht vor Maßregelung nicht angehen könnten, und er verlangte,

daß die Versicherten selbst zu entscheiden haben sollen, ob die Betriebskrankentafeln weiter bestehen bleiben sollen oder nicht, daß also die Generalversammlung darüber abstimmt.

Diese Forderungen der christlichen Arbeiter zu vertreten, ist aber dem Zentrum gar nicht eingefallen; im Gegenteil, es hat sich mit Händen und Füßen gegen die Verwirklichung ähnlicher Vorschläge getraut. Der Zentrumsagrarier Herold, der mit dem Pfaffen und dem Arbeitersekretär das von Giesberts so gelobte ideale Trifolium auf dem westfälischen Parteitag bildete, er war es, bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung schon für landwirtschaftliche Betriebe mit 20 Versicherungsmitgliedern die Errichtung von Betriebskrankentafeln fordernd! Solche Schläge ins Gesicht quittieren heute christliche „Arbeitervertreter“ mit der heuchlerischen Behauptung, das Zentrum habe wahre Großtaten auf dem Gebiet der Reichsversicherungsordnung vollbracht! — Der Vorherrscher des christlichen Metallarbeiterverbandes Wieber, sprach auf dem Kölner Kongress auch über die Betriebskrankentafeln mit ihren Mißständen, und er meinte:

„Wenn die Regierung uns nicht berücksichtigen will und auch diese oder jene Partei nicht, dann wollen wir lieber gar kein Gesetz, als solches mit fortwährenden Verschlechterungen.“

Der Volksbureauvorsteher Dieck hatte ebenfalls ein Referat über die Reichsversicherungsordnung auf diesem Kongress, und er sagte zu dem Plan, den Arbeitereinfluß durch Einführung der Beitrags hälftelung zu beseitigen:

„Wir müssen unter allen Umständen an der Zweidrittelmajorität festhalten, möge darüber die Reichsversicherungsordnung auch in Splitter gehen.“ (Stürmischer Beifall bezeichnet an dieser Stelle das Kongressprotokoll.)

Herr Heinrich Imbusch, Beamter des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, donnerte auf demselben Kongress gegen das Bestreben, mit der Reichsversicherungsordnung Verschlechterungen einzuführen. Wir lesen darüber im Protokoll:

„Es muß aufhören, wie es anscheinend Prinzip werden soll im Deutschen Reich, daß man uns alle einzuführenden Verbesserungen durch Verschlechterungen berekelt. — Verlorene Rechte erhalten wir niemals wieder. (Sehr richtig!) Wir Arbeiter wollen uns unsere Gleichberechtigung erklämpfen und sollen wir da auf vorhandene Rechte verzichten? Dann können wir mit unserem Kampf um unser Recht einpaßen. Also ganz entschieden gegen die Häufelung Front machen. (Sehr richtig!) Hier kann es kein Kompromiß geben! Das Verwaltungsrecht, das die Arbeiter haben, müssen sie behalten. Wenn das nicht sein soll, dann hinweg mit der Reichsversicherungsordnung!“ (Stürmischer Beifall.)

des Kapitals die Macht desselben steigert. Jedem Versuche, Eure Lage zu verbessern, bereits Entgegenes zu halten, treten erhöhte Schwierigkeiten entgegen; die gewerkschaftlichen Kämpfe steigern sich immer mehr in ihren Potenzen. Nicht mehr steht der Einzelne dem Einzelnen gegenüber; die Erfahrung lehrt, daß selbst bei unbedeutenden Differenzen die ganze Macht des Kapitals in die Erde sinken tritt. Nicht im geringsten schert dasselbe zurück, die heiligste Waffe des wirtschaftlichen Kampfes, die Handhabung. Das gesamte Kapitalproletariat ist von der das wirtschaftliche Leben schwer schädigenden Seuche, der „Ausbreitungskollwitz“, befallen. Skrupellos wirkt es Tausende von Proletariern aufs Straßenspazier, trägt Entbehrung und Hunger hinein in die lichtlosen, freudlosen Hütten und Heimstätten der Arbeiter, um die durch die kapitalistische Entwicklung aus dem Boden gestampften bestillosen Massen zu Heloten und willenlosen Lohnsklaven herabzudrücken.

Deshalb Kolleginnen und Kollegen, muß es unsere heiligste Pflicht sein, dahin zu wirken, daß die Härten unserer heutigen „gottgewollten“ Wirtschaftsordnung beseitigt werden. Dies wird möglich sein, wenn wir dafür Sorge tragen, daß auch unsere Organisation von dem lebendigen, treibenden Geisteszauber des Frühlings so durchdrungen wird, daß die neuen Sprosslinge ihre volle Kraft entfalten, daß auch sie zu Kämpfern und Streikern heranwachsen können und nicht im Taumel des wonnependenden Frühlingslebens verloren gehen für unsere Ideale, für unseren Kampf. Die Bruderliebe des Proletariats, die Solidarität — diese neue Religion der Welt in neue Herzen zu pflanzen, das sei unser Frühlingswerk und -schaffen!

Die Not, die Liebe schling' um uns ein festes Brudernetz, Damit der Völkfrühling bald den Einzug halt' im Land. Wir wollen fest zusammenstehn im Kampf um Menschenrecht, Damit der Frühling einstens grüß' ein frei und stark Geschlecht. Ru.

Fachgewerbliche Rundschau.

Was geht in der Textilindustrie vor? Haufe am Futemarkt. Das „Berliner Tageblatt“ brachte folgende Nachricht: Die Preise von Rohjute weisen seit Beginn des neuen Erntejahres eine kräftige Steigerung auf. Sie haben im

Zum vorigen Jahres noch auf 14 Pfund Sterling pro Tonne, bereits im September war ein Preis von 18 Pfund Sterling überschritten, und im November stieg der Preis auf 21 Pfund Sterling 10 Schilling. Alsdann trat eine leichte Abschwächung ein und Ende Dezember war wieder ein Preis von 18 Pfund Sterling 17 Schilling 6 Pence erreicht. Seit Februar macht sich indes wieder eine beträchtliche Erholung bemerkbar: Zu Beginn stand der Preis wieder auf 20 Pfund Sterling, im Verlaufe stieg er um 1 Pfund Sterling 10 Schilling. Besonders stark ist nun die Preiserhöhung im April. Bis zum 18. April war die Notierung in Dundee auf 23 Pfund Sterling 15 Schilling gestiegen, sie erreichte während der folgenden Tage, wie uns gemeldet wird, sogar einen Stand von 24 Pfund Sterling 5 Schilling, das ist der höchste Preis, der seit 1907 konstatiert wurde! Ein Vergleich der höchsten, niedrigsten und Anfangsnottierungen der letzten Jahre ergibt nämlich folgendes Bild:

Table with 3 columns: Anfang, Höchster, Niedrigster. Rows show price fluctuations from 1900-01 to 1910-11 in Pfund Sterling and Pence.

Der Durchschnitt der höchsten Preise der letzten 20 Jahre war 17 Pfund Sterling 17 Schilling 6 Pence, und damit also weit niedriger als der jetzige Preis; nimmt man aber den Durchschnitt der letzten fünf Jahre, so ergibt sich ein Maximalpreis von 24 Pfund Sterling 8 Schilling 9 Pence, also ungefähr dem jetzigen Stande entsprechend. Der niedrigste Durchschnittspreis der letzten 5 Jahre war 14 Pfund Sterling, also um 42 Proz. niedriger als jetzt.

Der Anlaß zu der starken Haufe auf dem Futemarkt liegt, wie wir schon mehrfach ausführten, in der geringen Ernte in indischen Ernte, deren Ertragnis kleiner war als der Weltbedarf, und die bewirkt hat, daß die indischen Verspinnungen weit hinter den Vorjahren zurückblieben. So betrug die Futere

Heute ist das von Imbusch so vertorfene Kompromiß da, das Zentrum hat es unter dem Segen der christlichen „Arbeitervertreter“ abgeschlossen und landauf, landab begründet die christlichen Worthelden vom Kölner Kongreß dies verräterische Treiben damit, daß es notwendig gewesen sei, wegen der sozialdemokratischen Gewalt Herrschaft in den Krankenkassen. Aber auch über diese angebliche Mißwirtschaft der Sozialdemokratie sind auf dem Kölner Kongreß bezeichnende Worte gefallen. Herr Heinrich Imbusch sagte nach dem Protokoll:

„Die Begründung zu jener Neuerrichtung der Reichsversicherungsordnung (Hälfte der Beiträge, D. N.) ist mehr wie faul. Die sozialdemokratische Gefahr soll herhalten, um durchzubrechen, was man mit guten Gründen nicht belegen kann. (Sehr richtig!) Die Arbeitgeber treiben auch Mißbrauch mit sozialen Institutionen, genau so gut, wie die Sozialdemokraten. Dann könnte die Gefahr der sozialdemokratischen Mißbräuche ja durch die Verhältniswahl beseitigt werden, und dann ist die Gefahr, daß die Sozialdemokratie die Institutionen für ihre Zwecke ausnutzt, lange nicht so groß, als wenn das von Seiten der Arbeitgeber geschieht. Gegen die Mißwirtschaft der Sozialdemokratie läßt sich die öffentliche Meinung anrufen. Dagegen ist aber die öffentliche Meinung gegen die Arbeitgeber nicht so leicht zu beeinflussen. Wir ist es jedenfalls lieber, wenn sozialdemokratische Arbeiter eine Kasse verwalten, als wenn sozial rückständige Arbeitgeber das tun.“

So ließe sich noch vieles anführen, was die Lügenmoral des Zentrums und der „christlichen“ Gewerkschaften in ihrem späteren Verhalten auf sozialpolitischem Gebiete in abstoßendster Weise erkennen ließe.

Es ist aber zunächst notwendig, noch ganz besonders darauf hinzuweisen, daß durch die Verschlechterung der Krankenversicherungsgebarung nicht nur die sozialdemokratischen, sondern alle Arbeiter erheblich geschädigt werden. Die Arbeiterfeinde der bürgerlichen Mehrheitsparteien im Reichstage segnen heute ihre Gewaltmittel gegen die Arbeitervertreter im Reichstage mit der Behauptung, die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Krankenkassen zu beseitigen. Das ist eine erbärmliche Verlogenheit. Es gibt keine sozialdemokratische Mißwirtschaft. Es ist ein sehr energischer Gegner der Sozialdemokratie, der Professor Dr. Leopold v. Wiese, der in seinem im Auftrage des zweiten (nationalen) Arbeiterkongresses herausgegebenen Werke „Sozialdemokratie als Sozialpolitiker“ unumwunden zugibt, daß es die Pflicht der Scharfmacher sei, die Selbstverwaltung jeder Art von Krankenkasse zu vernichten. Er schreibt auf Seite 136 genannten Werkes: „Wieder sind die Scharfmacher am Werke, den Arbeitern die freiwillige Grundlage der Organisation ihrer Krankenkassen zu rauben, um auf diese Weise der Sozialdemokratie Abbruch zu tun — ein Beginnen, das uns ebenso kurzfristig wie unrecht erscheint.“ Dann heißt es weiter:

„Es wirkt in politischer Hinsicht durchaus erzieherisch, wenn eine so böllig für die Arbeiter bestimmte und teilweise mit ihren Geldmitteln erhaltene Organisation, wie es die Krankenkassen sind, auch von ihnen verwaltet wird, und wenn hier Sozialdemokraten Gegenwartsarbeit verrichten müssen. Ja, es ist gut, wenn sie dabei eine Domäne gewinnen, in der sich die Arbeiter als Herren fühlen können. Die ängstliche Kleinlichkeit, die sie aus Furcht vor etwaigen, in Einzelfällen auch vorhandenen Mißbräuchen, aus diesem Bezirk vertreiben will, leistet dem Radikalismus unendlich viel mehr Vorhub, als es die meinnetwegen lagere, jedenfalls politisch klügere und gerechtere Richtung tut, die einen Rückschritt in dem Selbstverwaltungsrecht, das sich hier die Arbeiter erkämpft haben, entschieden verurteilt. ... Auch halten wir es für eine Uebertreibung, wenn kurzgerhand die Verwaltung der Kassen durch Sozialdemokraten für eine Mißwirtschaft erklärt wird. Im ganzen wird man gerechterweise sagen müssen, daß es viele gutgeleitete Kassen gibt, daß insbesondere Veruntreuungen viel seltener sind, als die Aufbauschung von Einzelfällen vermuten läßt. Die Ansicht, daß sich die bisherige Selbstverwaltung der Krankenkassen bewährt hat, scheint uns richtig zu sein. Daß Sicherheiten gegen Untreue einzelner — und wir wiederholen, daß wenn wir die Verhältnisse bei den Krankenkassen mit denen bei anderen Organisationen (Staats- und Kommunkassen, Banken usw.) vergleichen, sie durchaus nicht schlechter abschneiden — geschaffen werden mußten, wie sie die Nobelle von 1903 einführt, ist selbstverständlich. Darüber hinaus braucht man nicht zu gehen. Bei der bevorstehenden Reform des gesamten Arbeiterversicherungsmerkes wird sicherlich von der einen oder anderen Seite versucht werden, unter allen möglichen Vorwänden, zum Beispiel dem, eine geeignete Grundlage für die Invalidenversicherung zu schaffen, die Selbstverwaltung zu beschränken, an Vorschlägen fehlt es schon jetzt nicht. Wir meinen, hier sollten auch die nationalen Arbeiterorganisationen auf der Hut sein und ihren Parlamentsvertretern die größte Wachsamkeit einschärfen. Die Rechnung hätte nicht die Sozialdemokratie zu zahlen — sie würde vielmehr als Partei Fortschritte machen —, sondern es würde die gesamte Arbeiterschaft um eines ihrer wesentlichsten Rechte verkürzt werden.“

Das Buch, worin diese treffenden Ausführungen enthalten sind, ist im Auftrage derselben „christlich-nationalen“ Arbeiterführer geschrieben worden, die jetzt im Reichstage geradezu an der

Spitze der heulenden Scharfmacherhorde marschieren. Der blinde Sozialistenhaß dieser traurigen Gesellen läßt sie vor der Schädigung der gesamten Arbeiterschaft und vor der moralischen Selbstzüchtigung nicht zurückschrecken.

Doch gemacht, Ihr Herren! Ihr rührt Euch hier ein Tranklein ein, das Euch schlecht bekommen wird. Warum vernichtet man in Wirklichkeit die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen? Nun, deshalb, weil die Unternehmer die Leistungen der Krankenkassen auf das äußerste Minimum herabdrücken wollen. Bis jetzt, wo die Verwaltung der Krankenkassen in den Händen der Arbeiter lag und wo besonders in den Ortskrankenkassen die Leistungen der Kassen nach Möglichkeit zu steigern gesucht wurden, trat ein immer größeres Mißverhältnis zwischen den geringen Leistungen der Betriebskrankenkassen und den immer vollkommeneren Leistungen der Ortskrankenkassen zutage. Anstatt nun die Betriebskrankenkassen aufzuheben, in denen schon heute die Selbstverwaltung der Arbeiter nur auf dem Papier steht, gehen die konservativ-ultramontan-nationalliberalen Arbeiterfeinde dazu über, durch die Aufhebung der Zweidrittelmehrheit der Arbeiter in der Verwaltung der Krankenkassen die Selbstverwaltung auch der Ortskrankenkassen zu vernichten und deren höhere Leistungen denjenigen der Betriebskrankenkassen herabmindernd anzupassen.

Schon wir uns einmal einige Zahlen aus der Verwaltung der verschiedenen Kassen an, so werden wir gleich den auffallenden Unterschied sehen. Das Gesetz unterscheidet bekanntlich Pflichten, die die Kassen unter allen Umständen einhalten müssen, und Mehrleistungen, die die Kassen freiwillig gewähren können. An dem Umfang der Mehrleistungen könnte man die Vorteile der Selbstverwaltung der Krankenkassen ermessen. Leider versagt aber gerade hier die amtliche Statistik gänzlich. Nur einige nebensächliche Dinge können festgesetzt werden.

Soweit zunächst das Krankengeld in Betracht kommt, stieg bei allen Kassen der auf ein Mitglied entfallende Durchschnittsbetrag von 5,85 Mk. im Jahre 1885 auf 10,74 Mk. im Jahre 1909. An dieser Zunahme sind die Ortskrankenkassen, die weit mehr als die Hälfte aller gegen Krankheit versicherten Personen umfassen, am hervorragendsten beteiligt. Das Krankenversicherungs-gesetz schreibt vor, daß das Krankengeld vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung an gewährt werden soll. Es ist indes den Kassen freigestellt, diese Wartezeit abzukürzen. Im Jahre 1909 hatten 1605 Ortskrankenkassen, das ist mehr als der dritte Teil aller Ortskassen, die Wartezeit ganz oder zum Teil beseitigt. 749 Ortskrankenkassen bezahlten das Krankengeld auch Sonntags.

Die Krankheitskosten bei sämtlichen Kassen stiegen von 47 Millionen Mark im Jahre 1885 auf 305 Millionen Mark im Jahre 1909. Bei den Ortskrankenkassen allein stiegen diese Aufwendungen von 14 auf 157 Millionen Mark oder etwa um das Elf-fache, bei den Betriebskrankenkassen von 17 auf 98 Millionen Mark oder etwa um das Fünffache, bei den Gemeindekrankenversicherungen von 4 auf 21 Millionen oder ebenfalls nur um das Fünffache.

Von 1888 bis 1909 stieg die Zahl der Kassen, die mehr als die Hälfte, und zwar bis zu zwei Drittel des Lohnes als Krankengeld gewähren, von 705 auf 2070 oder um 193,6 Prozent, und der mehr als zwei Drittel gewährenden Kassen von 265 auf 455 oder um 71,7 Proz. Im Jahre 1909 gewährten von den 8254 Gemeindekrankenversicherungen nur 11 (elf) oder 0,1 Proz. ein über die Hälfte des Lohnes (bei diesen noch dazu des „ortsüblichen Tageslohnes gewöhnlicher Tagearbeiter“) hinausgehendes Krankengeld. Bei den 4775 Ortskrankenkassen waren dies indes 796 oder 16,7 Proz.

Die verhältnismäßige Zahl der Erkrankungsfälle ist bei den Betriebskrankenkassen eine größere; das ist auf die häufigeren Unfälle und die mit dem Großbetriebe verbundenen erhöhten Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter zurückzuführen. Die durchschnittliche Dauer der Unterstüfung mit Krankengeld ist aber bei den Ortskrankenkassen ständig länger gewesen, und zwar am längsten unter allen Kassenarten. Sie betrug im Jahre 1909 bei den Betriebskrankenkassen 19,1, bei den Ortskrankenkassen aber 21,3 Tage. Die Ausgaben für Schwangere und Wöchnerinnen sind bei den Ortskrankenkassen von 2936 499 Mk. im Jahre 1905 auf 4 187 322 Mk. im Jahre 1909 oder um 42,6 Proz., bei den Betriebskrankenkassen indes nur von 1 562 126 auf 1 848 956 Mk. oder um 18,4 Proz. gestiegen. Für diese Unterstüfung gewährten 1909 pro Mitglied die Ortskrankenkassen 64 Pf., Betriebskrankenkassen 59 Pf., Innungs-krankenkassen 14 Pf. und Gemeindekrankenversicherungen gar nichts. Auch hier stehen die Ortskrankenkassen obenan, namentlich, da sie vielfach statutarisch die Schwangeren fürsorge eingeführt haben, wüober aber auch die Statistik keine Auskunft gibt. An Fürsorgeleistungen für Genesende nach Beendigung der Krankenunterstüfung — auch eine Mehrleistung — wendeten 1909 die Ortskrankenkassen 156 837 Mark, die Betriebskrankenkassen aber nur 45 931 Mark auf.

Die Zahlen zeigen, daß die Arbeiter ihren Aufgaben und Pflichten innerhalb der Kassenverwaltungen vollkommen gerecht geworden sind. Würde für die Betriebsunternehmer nicht die Möglichkeit bestehen, ohne weiteres aus einer Ortskrankenkasse aus-

zutreten (wenn ihm dort die Beiträge zu hoch erscheinen) und eine eigene Betriebskrankenkasse zu gründen, so würde noch manche Ortskrankenkasse in der Lage gewesen sein, ihre Leistungen zu erhöhen. Sollte bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung nur das Interesse der Versicherten maßgebend sein, so müßte das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter nicht nur aufrecht erhalten, sondern erweitert werden.

So sieht also die angebliche sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Ortskrankenkassen aus. In Wahrheit soll aber Mißwirtschaft durch die Reichsversicherungsordnung erst eingeführt werden. Das gilt es zu verhindern, und wenn das unmöglich ist, es dann aber gründlich zu vergelten, indem die schwarz-blaue Klientenwirtschaft gründlich zunichte gemacht wird.

Arbeitskollegen und -Kolleginnen, auf den Plan gegen diesen neuesten und schändlichsten Arbeiterbetrug der bürgerlichen Parteien!

### Raffet alle Kraft zusammen!

Es ist ein sehr verhängnisvoller Fehler, ein Fehler, der sehr zum Nachteil für die Arbeiter ausschlägt, daß in Deutschland die Arbeiter in verschiedene Organisationen eingegliedert werden und dadurch die Kraft, die in der Vereinigung der Arbeiter geschaffen werden soll, zersplittert wird. Den Vorteil davon haben nur die Unternehmer. Dieses Zugeständnis gibt wieder einmal ein Blatt bekannt, welches die Interessen der Unternehmer vertritt. Es ist dies das „Internationale Wäschereizentralblatt“, das Organ des „Vereins der Wäschereibesitzer Groß-Berlins“ und des Verbandsorgans der „Engeren Vereinigung deutscher Wäschereibesitzer“. In einem Artikel: „Die moderne Arbeiterbewegung und die Reinigungsindustrie“, werden zu nächst die verschiedenen Arbeiterorganisationen aufgeführt und dann wird gesagt: „Will man sich auf den Standpunkt des Arbeiters stellen, so ist diese Zersplitterung zu bebauern, denn sie schwächt die Kräfte. Dem Unternehmer aber kann es gerade recht sein und die radikalsten Organisationen, die sog. „freien“ Gewerkschaften, kommen ihnen durch einen oft unglaublichen Terrorismus gegenüber den anders organisierten Arbeitern entgegen.“

So bietet die moderne Arbeiterbewegung ein buntes kaleidoskopisches Bild, und wenn es noch ein Gebiet gibt, wo von ihr verhältnismäßig wenig zu spüren ist, so ist es die Kleiderfabrikerei und chemische Reinigung. In ganz vereinzelten, wenigen Fällen haben hier regelrechte Streiks des ganzen Personals stattgefunden. In Betracht kommen nicht etwa alle Firmen einer Stadt, sondern nur einzelne größere Firmen eines Ortes, z. B. in Nürnberg und Leipzig. In letzterem Falle handelte es sich um die Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden bei gleichbleibendem Lohn. Diese Forderung wurde nach eintägiger Dauer des Streiks bewilligt. Der Streik selbst entpand nur einer Verabredung der Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb der Fabrik. In Nürnberg hingegen kam eine wohldisziplinierte Organisation in Betracht und der Kampf zog sich sehr lange hin. Indessen, die Reinigungsindustrie braucht noch keine Sorgen zu haben, es fehlt an einer alle Kategorien der Beschäftigten umfassenden Organisation und ohne diese sind Streiks schlecht zu führen.“

Dieses Klaudern aus der Schule ist für die Arbeiter sehr lehrreich. Das Unternehmerblatt selbst sagt den Arbeitern, daß die Zersplitterung der organisierten Kraft der Arbeiter vom Standpunkt der Arbeiter zu bebauern sei, denn sie schwäche ihre Kräfte. Und das Blatt sagt weiter, daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften diejenige des entschiedenen Vorgehens in der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen seien. Wenn es von dem Blatt als unglaublicher Terrorismus bezeichnet wird, so braucht man darauf weiter nichts zu geben, denn mit dem von den Unternehmerverbänden geübten Terrorismus können sich die Arbeiterorganisationen weder an Umfang noch an Schärfe der Wirkung messen.

Vorläufig, meint das Blatt, braucht die Reinigungsindustrie noch keine Sorge vor Streiks zu haben, da es an einer alle Kategorien von Beschäftigten umfassenden Organisation fehle und ohne eine solche Organisation Streiks schlecht zu führen seien. Den Verband der Färber und Chemiewäscher, Sitz Berlin, in dem ein Teil der Arbeiter der Reinigungsindustrie vereinigt sein soll, sieht das Blatt mit Recht nicht als eine Organisation an, die einmal die Interessen der Arbeiter in energischer Weise wahrnehmen könnte. In Mannheim und Berlin sind daher, wie das Blatt weiter mitteilt, schon in den letzten Jahren Anträge auf Anschluß an den Deutschen Textilarbeiterverband gestellt, aber von der Generalversammlung abgelehnt worden. Es ist erklärlich, daß ein Unternehmerblatt dieserhalb keine Genugtuung zu erkennen gibt, denn es weiß ja aus eigener Ueberzeugung, daß durch diese Zersplitterung die Arbeiter geschwächt werden. Aus diesem Grunde aber sollten nunmehr die in den chemischen Waschanstalten und Färbereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erneut zu der Frage Stellung nehmen und in Konsequenz der Ausführungen des Unternehmerblattes die Kräfte zusammenraffen, d. h. den Anschluß an den Deutschen Textilarbeiterverband vollziehen. Auch im Deutschen Textilarbeiterverband wird mit immer größerer Intensität an der Forderung des sachtechnischen Wissens der Mitglieder gearbeitet. Ueberhaupt wird in Zukunft gerade auf dieses Gebiet sehr viel Sorgfalt verwendet werden,

verschieffungen nach Europa in dieser Saison nur 2,87 Millionen Ballen gegen 3,26 Millionen resp. und 3,35 Millionen Ballen in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre.

In den beiden Vorjahren wurden für den Rest der Saison (April-Juni) nur 260 000 Ballen resp. 220 000 Ballen verladen, so daß also für die bevorstehenden Monate keine großen Verladungen aus Indien mehr zu erwarten stehen. Dabei betragen die Bestände in Dundee nur 625 000 Ballen gegen 950 000 Ballen im Vorjahr, man sieht also die statistische Position vor der Preissteigerung sehr günstig.

Im Zusammenhang mit der Preissteigerung am Rohjute-markt sind in Deutschland die Preise für Zutegearn und Zutegeteube erhöht worden. So hatte, wie wir kürzlich berichteten, der Verband deutscher Zutegefabrikanten am 22. Februar eine Preisserhöhung beschlossen, die  $\frac{1}{10}$  Pf. pro Quadratmeter resp. bei Garn 1 Mk. pro Kilogramm betrug und dabei weitere Steigerungen in Aussicht gestellt. Diese weitere Steigerung ist jetzt ebenfalls erfolgt: Wie uns nämlich ein Privattelegramm meldet, nahm der Verband deutscher Zutegefabrikanten folgende Preisserhöhungen vor: Cesjian Nr. 320 um  $\frac{1}{2}$  Pf., Cesjian Nr. 245 um  $\frac{1}{10}$  Pf., Tarpaulings, Sackings und Baggings um 1 Pf. pro Quadratmeter. CS-Garne um 1 Mk., S-Garne Nr. 7 Schuß um  $\frac{3}{4}$  Mk., alle übrigen S-Garne sowie alle SS-Garne und Primagarne 2 Mk. pro 100 Kilogramm.

Angehts dieser Nachricht ist es vielleicht angebracht, einmal zu hören, wie ein Unternehmer aus der Zuteindustrie die Lage beurteilt. Herr Leopold Kauffmann in Stuttgart, der Vertreter der Mech. Zutegeteuberei Louis Borocco in Colmar, schreibt im letzten „Confectionair“:

Der Jutemarkt scheint aus der abwartenden Lage, in der er sich bis jetzt befindet, durch eine bemerkenswerte Festigkeit herauszutreten. Die Nachfrage nach dem Rohmaterial hat sich gesteigert, getrieben durch die Unentbehrlichkeit des täglichen Bedarfs.

Die Seltenheit der Fäber macht sich täglich peinlicher bemerkbar, und der Eisern, mit welchem sich die Spinner der sofort verfügbaren Bestände bemächtigen, ruft auf dem Markte eine gewisse Inruhe hervor, die depressierend auf die Zukunft wirkt. Dundee hat ganz besonders unter dieser präfabren Lage zu leiden. Die Geschäfte, die infolge Mangel an Beschäftigung oder Teuerung des Rohmaterials ihre Produktion beschränkt oder gänzlich eingestellt hatten, sehen sich jetzt gezwungen, wegen Mangel an Rohmaterial

in dieser Weise fortzufahren, und allem Anschein nach werden noch andere diesem Beispiel folgen müssen.

Selbstverständlich haben die Notierungen unter dieser Spannung zu leiden. Alle verfügbaren Lose werden — a 22 bis 22,10 Pfund Sterling — unter der Hand verkauft; es war unausbleiblich, daß sich bei dieser Gestaltung der Dinge die Spekulation mit bemerkbar machte. London offeriert jetzt schon die neue Ernte ab September a 20,15 Pfund Sterling.

Der Markt hat auch auf die Fabrikate seinen Einfluß geltend gemacht. Die Nachfrage für Gewebe und Gespinnte war während der ganzen Woche sehr rege, es sind bedeutende Abschlüsse zustande gekommen.

Demnach würde also die Gasse auf dem Rohjute-markt den Abschluß von Aufträgen auf dem Warenmarkt bisher nicht ungünstig beeinflusst haben. Es ist aber in der Zukunft mit dieser Möglichkeit zu rechnen.

Auch die österreichischen Zuteindustriellen erhöhen die Preise. Die vereinigten österreichisch-ungarischen Zute-Industriellen beschloffen, vom 20. April ab die Preise für Zutegeteube um 3 Heller zu erhöhen, die Garnpreise werden um  $2\frac{1}{2}$  Heller per Kilo in die Höhe gesetzt.

Japans Wollindustrie entwickelt sich. Ersttaunen erregten die bedeutenden Wollkäufe der Japaner auf den australischen Wollmärkten. Das Wollexportgeschäft Australiens nach Japan datiert kaum zehn Jahre zurück, doch ließ es sich namentlich in den letzten zwölf Monaten wirklich lebhaft an, was anzudeuten scheint, daß die Japaner große Fortschritte in der Wollindustrie machen. Wie Herr Ikeda von der Tokio Wollen Fabrics Manufacturing Co. unlängst einem Vertreter der Presse gegenüber äußerte, empfing die japanische Wollindustrie durch den russisch-japanischen Krieg eine mächtige Anregung, doch stellten sich nach Beendigung desselben verschiedene ungünstige Umstände ein. Die Einfuhr von Wollwaren während und nach dem Feldzug erwies sich nämlich als viel zu groß für den Verbrauch, und erst ganz neuerdings erfährt sie eine nennenswerte Erleichterung. Die Aussichten für die Zukunft des japanischen Wollgewerbes lassen sich sehr vielversprechend an, da der Verbrauch zusehends wächst, und die jüngste Erhöhung des Einfuhrzolls den einheimischen Fabrikanten ausreichenden Schutz gegen die ausländische Konkurrenz

bietet. Japan beabsichtigt übrigens, Wollwaren nach China zu exportieren.

Aus der australischen Wollindustrie. Die Wollausfuhr aus dem australischen Staatenbund während der ersten sieben Monate des laufenden Wirtschaftsjahres stellte sich wie folgt:

	1910—11	1909—10	Zunahme	Abnahme
Neufüßwales	615 392 B.	579 525 B.	35 867 B.	—
Viktoria	403 320 „	300 900 „	12 420 „	—
Südaustralien	154 385 „	145 223 „	9 162 „	—
Queensland	178 811 „	166 686 „	12 125 „	—
Westaustralien	61 795 „	56 728 „	5 067 „	—
Tasmanien	13 937 „	15 527 „	—	1 590 B.
	1 427 640 B.	1 354 589 B.	74 641 B.	1 590 B.
Neuseeland	272 518 „	296 676 „	—	24 158 „
	1 700 158 B.	1 651 265 B.	74 641 B.	25 748 B.

Nettozunahme 48 893 Ballen.

Die Wollindustrie Britisch-Indiens ist in den letzten Jahren zurückgegangen, und die einheimische Produktion bleibt daher mehr denn je hinter der Einfuhr zurück. In 1908 gab es noch fünf Wollwarenfabriken, von denen eine jedoch in jenem Jahr den Betrieb einstellte, so daß ihre Zahl nur noch vier beträgt. Daß in ihnen angelegte Kapital repräsentiert etwa 3 850 000 Rupien oder 257 000 Pfund Sterling. Zwei dieser Fabriken befinden sich in Calcutta und Dharmwal, und ihre Produktion stellt 89 Proz. der Gesamtproduktion dar. Sie weben Luche für die Polizei und das Meer sowie Spezialitäten von besserer Qualität, für die sie entweder reine australische Wolle oder einheimische und importierte gemischt verwenden. Die Zahl der Spindeln in den Wollspinnereien ist von 27 300 in 1907 auf 28 853 in 1909 gestiegen. Außer den erwähnten vier Wollwarenfabriken gibt es verschiedene Unternehmungen, die sich mit der Herstellung von Teppichen, Decken und Shawls befassen, doch werden diese auf Handwebstühlen gefertigt, und von Fabriken nach europäischen Begriffen kann da nicht die Rede sein. Die Zahl der Webstühle, die in 1907 noch 779 betrug, fiel in 1908 auf 740, doch stieg sie in 1909 auf 763, während der Wert der Produktion von Wollwaren aller Art von 4 285 988 in 1908 auf 4 399 129 R. in 1909 zurückging. Die Ausfuhr von indischen Wollwaren besteht fast ausschließlich aus

schon deshalb, um die Mitglieder in den Stand zu setzen, ihre speziellen Brancheninteressen besser wahrnehmen zu können. Und daß auch auf diesem Gebiet eine große Organisation weit mehr leisten kann wie eine ganz kleine, das liegt wohl auf der Hand. Deshalb: **Rafft alle Rafft zusammen!**

### Ist die englische Arbeitszeit zweckmäßig?

Mit dieser Frage beschäftigte sich vor kurzem eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung in München, in welcher Herr Universitätsprofessor Dr. Gruber als Referent auftrat. Unter der sogenannten englischen Arbeitszeit versteht man die ungeteilte, d. h. durch keine längere Mittagspause unterbrochene Arbeitszeit. Herr Dr. Gruber wies nach, daß durch die jetzige Arbeitszeit circa drei der besten Tagesstunden verloren gehen. Denn die Arbeit ruht nicht nur 1 1/2 bis 2 Stunden ganz, sondern die Intensität (Angepanntheit bei der Arbeit) der Arbeit sinkt vor der Mittagspause und auch in der ersten Zeit nach der Mittagspause. Weiter betonte Herr Dr. Gruber, daß das Zurücklegen großer Wege zum Mittagessen in der Familie bei den großen Entfernungen für viele eine große Bedeutung, die schädlich auf die Verdauung und damit auf den Organismus und dessen Leistungsfähigkeit wirke. Auch sei die ungeteilte Arbeitszeit sogar nach Ansicht sämtlicher Minister ein sehr wichtiges Hilfsmittel für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. Denn falls die Halb- und Mittagspause zwischen der Arbeitszeit weg, dann könne das Wohnen dezentralisiert werden, während heute in den Städten und großen Industriezentren die Menschen in Häufen zusammenwohnen.

Auch Herr Universitätsprofessor Dr. Sieper trat für die ungeteilte Arbeitszeit ein. Gestützt auf die Erfahrungen bei seinem mehrjährigen Aufenthalt in England, wies er nach, daß in England keine so große Klage über zunehmende Nervosität zu verzeichnen sei, wie dies in Deutschland der Fall ist. In England sei schon durch die ungeteilte Schulzeit den Kindern viel mehr Gelegenheit zu Spiel und Leibesübungen gegeben. Auch dieser Redner betonte, daß die ungeteilte Arbeitszeit dazu erziehe, die Zeit, die der Arbeit gewidmet ist, auch wirklich der Arbeit zu weihen und gründlich auszunutzen.

Die Versammlung, in der sich auch noch eine Reihe Beamte und Kaufleute im Sinne der beiden Professoren ausdrückten, nahm schließlich einstimmig folgende Resolution an:

„Die heutige, von mehreren tausend Personen besuchte Versammlung ist einstimmig der Ansicht:

1. Die in München noch fast allgemein übliche geteilte Arbeitszeit entspricht nicht mehr den Verhältnissen der Großstadt.

Die bei der heutigen Arbeitszeit unerläßliche Lichtarbeit und der späte Bureaufschluß haben schwere hygienische Nachteile im Gefolge.

Die erstrebenswerte Ausbreitung der Bevölkerung auf ein größeres Gebiet und die Beschaffung gesundheitlich befriedigender Wohnungsverhältnisse ist behindert.

Das geeignete Mittel, durch welches die geschilderten Mängel beseitigt und die Vorbedingungen zu einer befriedigenden Lösung der Wohnungsfrage geschaffen werden können, ist die ungeteilte Arbeitszeit. Deren Einführung aus hygienischen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen ein dringendes Erfordernis.

2. Der zur Zufriedenheit von Schule und Haus an den Mittelschulen eingeführte ungeteilte Unterricht ist als ein Fortschritt zu bezeichnen und daher beizubehalten und weiter auszugestalten.

Der ungeteilte Unterricht auch an den Volksschulen ist mit allen Mitteln zu erstreben.

3. Die ungeteilte Arbeitszeit kann nach den in staatlichen, städtischen und privaten Betrieben in München gemachten Erfahrungen sowie nach den vorhandenen und veröffentlichten Gutachten aus allen Kreisen Deutschlands ohne Nachteil für den Arbeitgeber eingeführt werden.

Die Erfahrung bestätigt, daß dem Arbeitgeber durch Ersparung von Beleuchtungs- und Beleuchtungskosten sowie durch intensivere Leistungen der Angestellten nicht unerhebliche materielle Vorteile erwachsen.

Die Versammlung spricht sich daher trotz der zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten, die eine so tief eingreifende Umwälzung hervorruft, entschieden für die Einführung der ungeteilten Schul- und Arbeitszeit aus und richtet an die zuständigen Stellen des Staates und der Gemeinde sowie an die Inhaber der Privatbetriebe die dringende Bitte, die ungeteilte Schul- und Arbeitszeit in allen hierfür in Frage kommenden Schulen und Betrieben so weit als irgend möglich einführen zu wollen.“

Es ist noch nicht lange her, wo eine Reihe Schuhfabriken, die zur ungeteilten Arbeitszeit von 9 Stunden übergegangen

waren, das Resultat ihrer Erfahrungen mit dieser Arbeitszeit befanntgaben. Dasselbe war ein solches, daß jene Betriebe sich entschlossen hatten, nie mehr zur früheren Arbeitszeit zurückzukehren. Denn obzwar jene 10 Stunden betragen hatte, war weniger geleistet worden wie jetzt bei 9 Stunden. Es leuchtet auch ohne weiteres ein, daß die Vorteile, von denen in Abschnitt 3 der Resolution die Rede ist, bei der ungeteilten Arbeitszeit heraus-springen müssen. Tatsächlich gehen die besten Stunden des Tages heute, wo des Mittags 1 1/2 bis 2 Stunden ausgefällt wird, für die Arbeit verloren. Die Stunden, in welche heute die Mittagspause fällt, sind, namentlich in der Winterzeit, in der Zeit der sogenannten kurzen Tage, in der Regel die hellsten. Diese bleiben nun heute unbenutzt und dafür müssen sich am Abend die Arbeiter ein paar Stunden bei häufig schlechtem Licht die Augen übermäßig anstrengen, ohne trotzdem die Möglichkeit zu haben, Fehler in der Arbeit im selben Verhältnis zu verhehlen wie beim Tageslicht. Gerade in der Textilindustrie spielen die Lichtverhältnisse eine große Rolle; eine große Rolle nicht nur im Instanzial der Firmen, sondern auch in der Intensität der Arbeit, sowohl in quantitativer wie qualitativer Beziehung.

Trotzdem nun die Vorteile dieser Arbeitszeit sozusagen in die Augen springen, glauben wir nicht, daß die Unternehmer der Textilindustrie Verständnis dafür haben werden. An der Spitze der Unternehmerorganisationen stehen ja in der Regel nicht Männer mit weitem Blick, sondern solche mit starrem Kopf. Da stehen Herrmenschen, welche die Arbeiter nur als Werkzeuge der Ausbeutung, aber nicht als Menschen betrachten. In den Köpfen dieser Leute findet kein Gedanke Platz, der zu der Erkenntnis führen könnte, die Arbeitszeit sei so einzurichten, daß auch die Interessen der Arbeiter in bezug auf eine menschenwürdige Lebensweise gewahrt werden können. Gerade in der Textilindustrie, wo so viele verheiratete Frauen beschäftigt sind, würde es eine große Wohltat sein, wenn die Frau nicht so hin- und hergeholt werden würde, wie es heute bei der geteilten Arbeitszeit der Fall ist. Und wenn heute, bei einer halbstündigen Pause zum Einnehmen eines Imbisses an der Arbeitsstätte, ununterbrochen acht Stunden täglich gearbeitet würde, so würde die Produktion nicht hinter der heutigen zurückbleiben; es würde das wenigstens in allen den Branchen der Fall sein, in denen Geschicklichkeit und Aufmerksamkeit des Arbeiters eine große Rolle im Arbeitsprozeß spielen. Das ist aber in der Textilindustrie in den allermeisten Branchen der Fall. Die Arbeitszeit könnte dann um 3, höchstens 4 Uhr nachmittags beendet sein, so daß die Arbeiter und besonders die arbeitenden Frauen noch einige zusammenhängende Tagesstunden zur Erledigung ihrer privaten Geschäfte in- und außerhalb des Haushalts zur Verfügung hätten.

Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die Versammlung in München diese Frage auf breiter Grundlage erörtert und beschlossen hat, den Stein ins Rollen zu bringen. Die Arbeiter werden gut tun, jetzt ebenfalls zu der Frage Stellung zu nehmen, um die Vorbereitungen zu treffen zur Er-kämpfung der Möglichkeit höherer Kultur.

### Ist die Einführung der englischen Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter ohne Genehmigung der Verwaltungsbehörde gesetzlich zulässig?

Wir berichteten seinerzeit, daß in Osnabrück in einem Textilbetriebe mehrere Pausen der Jugendlichen zusammengelegt wurden, wodurch für diese längere Arbeitszeiten entstanden als gesetzlich zulässig seien. Beschwerden dagegen bei den Aufsichtsbehörden waren erfolglos. Wir sprachen unsere Ansicht dahin aus, daß die Aufsichtsbehörden dabei von falschen Voraussetzungen ausgingen und daß man verlangen könne, sie sollten zugunsten der Jugendlichen entscheiden. Jetzt wird uns durch ein Urteil des Oberlandesgerichts in Düsseldorf (vom 3. April 1911) recht gegeben. Danach muß den jugendlichen Arbeitern in Fabriken, soweit sie über sechs Stunden täglich beschäftigt werden, gemäß § 136 der Gew.-O. mindestens mittags eine einstuündige, sowie vormittags und nachmittags je eine halbstündige Pause gewährt werden. Eine Ausnahme hiervon ist nach § 139 Abs. 2 der Gew.-O. zulässig, wenn die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter in einzelnen Fabriken es erzwängen erscheinen lassen, daß die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter anders wie in der Eingangs genannten Bestimmung geregelt wird. In diesem Falle muß jedoch die Genehmigung der Verwaltungsbehörde erfolgen. Ein Fabrikbesitzer zu Neuf hatte nun auf Wunsch seiner jugendlichen Arbeiter die englische Arbeitszeit in seinem Fabrikbetrieb eingeführt, und zwar in der Weise, daß sie morgens von 6-7.40 Uhr, nach einer halbstündigen Pause bis 12 Uhr mittags und sodann nach einer Mittagspause von einer Stunde bis 4 Uhr nachmittags durcharbeiteten, worauf sie entlassen wurden. Früher wurde in dem betreffenden Fabrikbetrieb von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends unter Einhaltung der gesetzlichen Vormittags-, Mittags- und Nachmittags-Ruhepausen gearbeitet. Die Behörde ist der Ansicht, daß der betreffende Fabrikbesitzer durch Einführung der englischen Arbeitszeit, wenn sie auch selbst im Interesse seiner jugendlichen Arbeiter geschehen sei, gegen

§ 136 der Gew.-O. verstoße, da diese Regelung der Arbeitszeit nicht die halbstündige Nachmittagspause enthalte, die durch die genannte Gesetzesgebung ausdrücklich vorgehoben sei. Wenn der Fabrikbesitzer auf Wunsch seiner Arbeiter von der bisherigen Arbeitsordnung habe abweichen und eine andere Regelung derselben herbeiführen wollen, so hätte er gemäß § 139 Abs. 2 der Gew.-O. die Genehmigung der Verwaltungsbehörde nachsuchen müssen. Auf Grund dieses Tatbestandes wurde gegen ihn Anklage wegen Vergehens gegen § 136 der Gew.-O. erhoben. Das Schöffengericht fand ihn im Sinne der Anklage für schuldig und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe. Auf erhobene Berufung wurde er von der Strafkammer des Landgerichts zu Düsseldorf in der Berufungsinstanz freigesprochen. Die Strafkammer ist der Ansicht, daß das Schöffengericht die Bestimmung des § 136 der Gew.-O. in rein mechanischer Weise nach dem Wortlaut, aber nicht sinngemäß nach dem Willen des Gesetzgebers ausgelegt habe. Da die Gesetzgebung nicht so abgefaßt sei, daß sie wie eine Schablone jeden Fall, den das Leben bietet, zu decken vermöge, so dürfe der Richter sich nicht mit mechanischer Wenderung des Gesetzeswortes begnügen, er müsse vielmehr in jedem einzelnen Falle prüfen, ob nicht der wirkliche Wille des Gesetzgebers der mechanischen Anwendung desselben entgegenstehe. Der Zweck des § 136 bestehe darin, jugendliche Arbeiter gegen übermäßige Ausnützung ihrer Arbeitskraft zu schützen. Die von dem Angeklagten auf Wunsch seiner Arbeiter eingeführte englische Arbeitszeit stelle aber eine solche Ausnützung nicht dar, sie sei im Gegenteil als ein Akt sozialer Fürsorge für die jugendlichen Arbeiter anzusehen. Der Strafsenat des Düsseldorf Oberlandesgerichts, welcher sich infolge eingeleiteter Revision seitens der Staatsanwaltschaft mit dieser Sache zu befassen hatte, trat jedoch den rechtlichen Ausführungen der Düsseldorf Strafkammer nicht bei. Er ist der Ansicht, daß der Gesetzgeber bei Einführung der Vormittags-, Mittags- und Nachmittagspausen während der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter von dem Gedanken ausgegangen sei, sie nicht nur gegen übermäßige Ausnützung ihrer Arbeitskraft zu schützen, sondern ihnen dadurch die für den jugendlichen Körper erforderliche Schonung und Ruhe aufzuerlegen. Dieser Zweck würde aber durch die sog. englische Arbeitszeit, bei der durchgearbeitet, ohne daß die gesetzliche Nachmittagspause innegehalten würde, vereitelt, wenn auch dadurch eine Verkürzung der Gesamtarbeitszeit erzielt wird. Wenn der Angeklagte des Glaubens gewesen sei, im Interesse seiner Arbeiter eine andere Arbeitszeit wie bisher einzuführen, so sei ihm nach § 139 der Gew.-O. die Möglichkeit hierzu dadurch geboten gewesen, daß er die Verwaltungsbehörde um Genehmigung ersucht hätte. Das habe er aber nicht getan. Aus vorstehenden Gründen hob der Strafsenat des Düsseldorf Oberlandesgerichts durch Entscheidung vom 3. April d. J. das Urteil der Düsseldorf Strafkammer auf, und wies die Sache in die Vorinstanz zurück. — Danach wird man sich wohl auch in Zukunft in Osnabrück richten müssen, denn die dortige Aufsichtsbehörde wird nun wohl ihre Ansicht ändern.

### Verwendungszwecke für Baumwolle in Amerika.

Baumwolle dient heute nicht nur zu Bekleidungszwecken, sondern sie ist ein Rohstoff, der in natura sowohl wie veredelt von sehr vielen Industrien zur Herstellung der mannigfaltigsten Erzeugnisse verwandt wird. Es gibt kaum noch eine Industrie von einiger Bedeutung, die nicht Baumwolle in irgendeinem Zustand der Beschaffenheit verarbeitet. Sehr interessante Mitteilungen über diese Verwendungszwecke entnehmen wir einem Bericht des außerordentlichen Konsuls in Atlanta, der folgendes sagt:

Sehr bedeutende Verbraucher von Baumwolle sind die Eisenbahngesellschaften. Segeltuch ist Hauptbestandteil der Luftbremsenschläuche, der emaillierten Wand- und Dedenbekleidungen; die „Pflüsch“-Esele, die „Lederseife“ in den Personenzügen sind von Baumwolle. Schätzungsweise beträgt die Menge Baumwolle, die bei der Herstellung des von den Eisenbahn- und Straßenbahngesellschaften der Vereinigten Staaten jährlich verbrauchten Baumwollenzuges verwendet wird, eine Million Ballen. Ähnlich dürften die entsprechenden Verhältnisse in Europa liegen.

Es wird geschätzt, daß die Automobilindustrie 325 000 Ballen Baumwolle jährlich verarbeitet. Hierbon finden etwa 290 000 Ballen bei der Herstellung von Segeltuch Verwendung, das den Grundstoff für Gummireifen bildet; der Rest wird zu „Leder“-Riemen und zu Söhen verarbeitet.

Tausende von Ballen Baumwolle werden alljährlich zu Getreidefäden verarbeitet. Der Bedarf der International Harvester Company beläuft sich auf Millionen Yards starkes Baumwollenzug, dessen Gewicht 2 bis 3 Pfund auf das Yard beträgt, und das zur Anforderung von Schutzhütern, Transportvorrichtungen und Elevatoren für Tausende von Nähmaschinen, Bindern, Schmitt- und Drehschneidemaschinen dient. Zur Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen der genannten Art auf der ganzen Welt (etwa 1 500 000 Stück neue Maschinen) werden rund 50 Mill. Yard Segeltuch, im Gewicht von 2 bis 3 Pfund das Yard, verbraucht.

Millionen Meilen Kupferdraht, die jährlich für elektrische Leitungen gebraucht werden, würden ohne Baumwollenzug oder Baumwollenzug nicht die erforderliche Isolierung erhalten können. Der Markt in New York setzt allein wöchentlich 400 000 Pfund Baumwollenzug an diese Industrie ab.

Teppichen und Vorlegern, die größtenteils nach Großbritannien exportiert werden, indes etwa 25 Proz. nach den Vereinigten Staaten gehen.

Färbereiverhältnisse im heutigen Südafrika. Die „Deutsche Färbereizung“ bringt nachfolgenden interessanten Bericht aus Capetown:

Die United States of South Africa, wie wir jetzt hier unten heißen, haben einen gewaltigen Aufschwung genommen und sind heute nicht nur ein unsicheres Gebiet mehr, sondern geschäftlich eines der denkbar sichersten. So wie die Verhältnisse hier liegen, gibt es kein Zurück mehr, sondern nur ein Vorwärtstreben. Die meisten Industriezweige allerdings liegen noch verhältnismäßig brach, hauptsächlich weil es hier an europäischen Arbeitskräften fehlt, d. h. an leitenden Arbeitskräften. Wasser- und Klimaverhältnisse und alles übrige, was zu den meisten beruflichen Etablierungen gehört, ist hier in günstiger Weise vorhanden. Daß der Bezug nach hier nicht ein noch viel regerer geworden ist, liegt lediglich daran, daß man sich hier nicht etablieren kann ohne gründliche Beherrschung der englischen Sprache. Das ist mindestens so wichtig wie gute Fachkenntnisse. Denn was will der Einzelne tun, wenn er Arbeiter und Gehilfen hat, mit denen er sich nicht verständigen kann, d. h. also, wenn dieselben nur Englisch sprechen?

Färbereien werden natürlich in Anbetracht aller anderen Verhältnisse sehr bald hier eine erhebliche Ausdehnung bekommen; denn es wird sich nicht lediglich um Hauswirtschaft handeln, sondern auch um das Färben einzelner Stoffe und Waren, die ja jedes Land als Spezialität anfertigt. Der Fabrikbetrieb wird überhaupt hier sehr bald auf den verschiedensten Gebieten sehr ausgebreitet sein, so daß man in keiner Weise den Färber entbehren kann.

Selbstherrständig hat es hier von jeder Färberei gegeben, chemische und andere Waschanstalten, aber der Krieg hat doch eine ziemliche Lücke in all diese Einrichtungen gerissen. Die Färbereien der Bureau waren zum Teil sehr primitiv und patriarchalisch und recht wenig auf die Bearbeitung feiner Garderobestücke eingerichtet. Im Anfang der englischen Zeit war wiederum das Publikum noch nicht sehr zukunftsicher, die Geschäfte gingen zum größten Teil schlecht, man wanderte aus, und die Unternehmungslust war eine recht geringe. Nun ist das alles anders geworden! Ein großer Teil der Ausgewanderten ist wieder eingewandert, und

alle Bedürfnisse haben sich. Der Luxus nimmt zu, die Theater vermehren sich, und das gesamte öffentliche Leben ist eben demjenigen anderer englischer Kolonialländer ähnlich geworden.

Unfehlbar werden auch deutsche Färber nach diesem gelobten Land kommen, und sie werden hier Arbeit und Auskommen finden. Aber es ist nicht so leicht und einfach, nach Südafrika zu kommen, und noch mehr in Südafrika auszukommen; denn wir leben hier in einem sehr teuren Gebiet. Wohnungen, Verkehrsbedingungen, Kleider und europäische Arbeitskräfte sind hier sehr teuer, und lediglich bestimnte Lebensmittel können als billig angesehen werden. Importierte Ware und alle Arten von alkoholischen Flüssigkeiten sind sehr kostspielig. Alles in allem kann man sich das Leben hier so europäisch und nett wie möglich gestalten, aber der enorm hohe Verdienst geht doch wieder durch die hohen Ausgaben ebenso schnell dahin. Jedenfalls tut man gut daran, nach hier nicht mit Kind und Regel überzuführen, um nicht Enttäuschungen böser Art anheimzufallen. In den großen Städten sind selbstverständlich die Bedarfsverhältnisse für Färbereien größtenteils gedeckt, obgleich damit durchaus nicht gesagt sein soll, daß nicht tüchtige Fachanstalten mit modernem Betrieb das beste Fortkommen finden. Nebenfalls ist aber das Land mit seinen kleineren Orten für die meisten Etablierungen der geeignete Platz, und wird man sich, ehe man in diese noch etwas unentwickelten Gegenden übersiedelt, erst genau erkundigen müssen. Nebenfalls ist es am besten, wenn erst die Einzelnen vorerst hier Stellung suchen und sich dann umsehen. Wir neigen durchaus nicht zu der Meinung, daß der Einzelne nicht hierher kommen sollte, um sich zu etablieren und nur als Gehilfe zu arbeiten. Sonst kommen später andere Länder und nehmen das Kapital weg, das für eine Industrie bereit liegt. Und so wäre es wohl erwünscht, daß deutsche Färber hierher kämen nicht nur als Gehilfen, sondern auch als Gründer großer moderner Betriebe, für die wir hier durchaus Bedarf haben.

Die Zustände der Weber in Patterson. Die Zahl der täglichen Arbeitsstunden ist auf 55 pro Woche festgesetzt; die Sonnabendnachmittage sind frei. Die Saläre schwanken zwischen 6 bis 20 Dollar für eine Woche. Die Lehrlinge verdienen drei bis vier Dollar in der Woche und verdient ein Weber 6 bis 20 Centimes für ein Yard. Diese hohen Saläre sind nicht nur dem teuren Lebensunterhalt, sondern auch der Unregelmäßigkeit der Arbeit zuzuschreiben, da die hohe Bezahlung dem Arbeiter dazu dienen

muß, die Perioden der Ruhe und der Unstätigkeit durchzuschlagen. Diese Preise beziehen sich auf Patterson, Hauptplatz der Seidenindustrie, und repräsentieren das „Maximum“ der Arbeitslöhne. Die Arbeitszustände in dieser Stadt sind demnach ungünstig, daß bereits viele Fabrikanten ihre Etablissemments in andere Lokalitäten verlegt haben.

Webstuhl mit selbsttätiger Spulenausschwehlung und einer Schußwätereinrichtung auf jeder Stuhlfette. Bei Webstühlen mit selbsttätiger Nachfüllung der Schußspulen, bei denen die Einbringung einer frischen Spule aus einem an der einen Seite befindlichen Vorratsbehälter in den Schützen durch Vermittlung einer Vorrichtung erfolgt, die bei vollendeter Abwicklung des Fadens von der im Schützen befindlichen Spule in Wirkung tritt, kann der erste Faden des neuen Einschusses meist nicht in dasselbe Fach gelegt werden, das offen war, als der Schußfaden abgewickelt war. Die Folge davon ist ein Fehler im Tuch, besonders dort, wo mehrere Schäfte verwendet werden, da hier eine Fachbildung eintreten kann, in die kein oder nur ein unvollständiger Einschuss gelegt wurde. Gegenstand dieser Erfindung ist es, den ersten Faden der neuen Spule immer in dasselbe Fach zu bringen, in welchem der alte Schuß aufhörte. Die Schäfte werden also verbunden, und man erreicht damit, daß jedes Fach seinen vollen Schußfaden erhält. Falls auf die Einlegung eines unvollständigen Schußfadens unmittelbar die Einführung einer neuen Schußspule in den Schützen erfolgt, erhält das betreffende Fach schließlich in dem fertigen Tuch einen vollen und einen unvollständigen Schuß, was aber bei vielen Geweben belanglos ist.

Ein Kennzeichen dieser Erfindung ist es, daß der erste Faden des neuen Einschusses immer eingelegt wird, wenn der arbeitende Schützen in derselben Richtung läuft, in welcher er sich beim Aufhören des alten Einschusses bewegte, d. h. der neue Einschuss wird in ein Fach entweder auf der einen oder auf der anderen Seite gelegt, je nachdem der alte Einschuss auf der einen oder auf der anderen Seite aufhörte. Wenn daher der letzte Schuß unvollständig war, so besteht keine Gefahr, daß sein freies Ende durch den neuen Einschuss umgewendet oder in Unordnung gebracht wird. Für den neuen Einschuss wird dabei eine besondere Fadenfächerherwand, die für den verbesserten, den Einschuss verknüpfenden Mechanismus besonders geeignet ist.

Verfärbung der Panten und Brüche in Seidenstoffen. Das königliche Materialprüfungsamt der Technischen Hochschule zu

Seute bestehen die Dienstuniformen der Armees zu meist aus Khasi oder ähnlichen Stoffen. Die Vereinigten Staaten gebrauchen allein jährlich etwa 8 Mill. Yards Khasizeug im Gewicht von 8 Unzen das Yard.

Die Flotten der verschiedenen Nationen verbrauchen große Mengen von Segeltuch (im Gewicht von 8 bis 10 Unzen das Yard). Die modernen Schlachtschiffe verwenden mehr Segeltuch als die Kriegsschiffe früherer Zeiten. Trotz der Abnahme der Segelschiffe hat sich keine Abnahme in dem Verbrauch von Segeltuch für Rauffahrtsschiffe bemerkbar gemacht. Außer zu Segeln wird Segeltuch in höchst ausgiebiger Weise für Sonnensegel, zum Bedecken der Boote und zu ähnlichen Zwecken verbraucht, und die Menge des hierfür erforderlichen Materials ist größer, als der Verbrauch an Segeltuch zur Zeit der ausschließlichen Segelschiffahrt.

Ein vermehrter Absatz an Baumwollzeug ist dadurch geschaffen worden, daß Tabak jetzt vielfach im Schatten gezeugt wird. Verschiedene hundert Acker Land sind im Staate Connecticut zu diesem Zweck mit Baumwollzeug überspannt worden. Eine große Tabakfirma gebraucht allein 1 Mill. Yards Baumwollzeug für ihre Tabakfelder in Florida und Kuba. Diefelbe Gesellschaft verbraucht alljährlich 4 Mill. Yards Zeug zur Herstellung von Säden, in denen zwei ihrer bedeutendsten Marken zum Verkauf gebracht werden.

Beim Versand von Zucker, Salz und Mehl haben Baumwollensäden zum großen Teil die Fässer verdrängt. Selbst bei einem Baumwollpreis von 15 Cents das Pfund würden sich Säde noch immer billiger stellen als Fässer.

Bei der Förderung und dem Verkauf der Kohle spielt Baumwolle ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Luftschächte in den Bergwerken werden zum großen Teil aus starkem Segeltuch hergestellt. Etwa 15 Mill. Yards Segeltuch werden jährlich zur Herstellung von Säden verbraucht, die zur Ablieferung von Kohle dienen.

Die Verwendung von geleerten oder gefirnigten Wagenbeden hat bedeutend zugenommen. In den britischen Besigungen, besonders in Südafrika, haben diese Beden die alten aus Flach gefertigten Beden für offene Eisenbahnwagen, Transportwagen, Zelte usw. verdrängt. In Südafrika ist ferner die Wollende vollständig von der Baumwollende verdrängt worden; 4500 Ballen zu je 200 Beden werden jährlich dort hin importiert.

Ueberzieher aus Segeltuch mit Deckenfutter haben die schweren wollenen und Pelzkleider in der Union und im nordwestlichen Kanada ersetzt. Der Verbrauch von Baumwollzeug für solche wird auf jährlich 20 Mill. Yards geschätzt.

Bei dem Baue feuerfester Gebäude in den großen Städten der Vereinigten Staaten finden jährlich ebenfalls Tausende von Ballen Verwendung, und zwar zur Verkleidung der mit Asbest bedeckten Rohrleitungen für Dampf und heißes Wasser.

In Tausenden modernen Häusern hat Baumwollzeug die Stelle der Tapeten eingenommen. Gebleichtes Baumwollzeug wird heutzutage mehr zu Wandverkleidungen verwendet als grobe Leinwand, da es ebenso dauerhaft wie letztere ist und sich besser zur Ausführung geschmackvoller Dekorationen eignet.

Für Kellernetze werden jährlich mehrere Millionen Yards Baumwollzeug zu Tafeln und Schilbern verarbeitet.

Steingutfabriken gebrauchen jährlich Millionen Yards starkes Segeltuch zum Auspressen des Wassers aus dem Lehm.

Das Schafwolle der Vereinigten Staaten verbraucht 4 Mill. Yards Baumwollzeug für Seidsäden im Jahr.

Der Bedarf der Zementfabriken an Baumwollensstoffen für Säde beläuft sich auf etwa 8 Mill. Yards im Jahr.

2 Mill. Yards Baumwollzeug werden jährlich zur Herstellung von Futterbeuteln für Pferde verarbeitet.

Papierfabriken verwenden große Mengen starken Baumwollensstoff für ihre Trockenmaschinen. Das hierzu verwendete Zeug hat häufig eine Breite von 12 Fuß und ein Gewicht von 7 bis 10 Pfund der Fuß.

Die bei der Fabrication von Gummivarren, insbesondere Gummigürteln und Gummischläuchen, jährlich verbrauchte Menge von Baumwollzeug beläuft sich auf 50 Mill. Yards.

Unter den Industrien, die Baumwolle, wenn auch nicht in so großen Mengen, verarbeiten, sind ferner zu nennen die Handwebfabrikation, die Fabrication von Gamaschen, Tennis- und Turnschuhen, die Kofferfabriken, die Buchbindereien. Die Menge des von diesen Industrien verarbeiteten Baumwollensstoffes beläuft sich auf etwa 4 Mill. Yards im Jahr.

Bei einer solchen Vielseitigkeit der Verwendung kann man es verstehen, daß heute der Bedarf an Baumwolle ganz bedeutend gestiegen ist. Bedauerlich ist es nur, daß bei der kapitalistischen Produktionsweise eine solche Verfeinerung Platz greifen konnte, wonach zwar Fabriken über Fabriken gebaut wurden, um darin die Baumwollfaser verwendungsfähig zu machen, daß aber nicht Sorge getragen wurde, soviel Baumwolle anzupflanzen, um die Fabriken mit genügend Rohstoff zu versorgen. In Deutschland wird zur Segeltuchherzeugung in der Regel Hanf und Flach verwendet. Es ist aber verständlich, daß die Amerikaner das einheimische Faserprodukt, die Baumwolle, möglichst für alle Zwecke zu verwenden suchen.

### Die Rohwolle und ihre Vorbehandlung.

Um die ganzen Vorgänge, welche sich in den verschiedenen Vorbehandlungspartien der Rohwolle abspielen, richtig würdigen zu können, muß man sich etwas eingehender mit der natürlichen Beschaffenheit und den Eigenschaften der Wolle beschäftigen. Diefelben sind durch die Art der Zusammenfassung und des Wachstums des einzelnen Wollhaares bedingt. Fast alle Haare der Säugtiere sind röhren- oder kegelförmige hornige Zellgebilde, welche sich einzeln oder in Gruppen von röhrenförmigen Einfaltungen der Haut, den Haarbälgen oder Haartaschen, aus entwickeln; unten im Haarbalg befindet sich eine kleine warzenförmige Erhebung, die Haarpapille, in welcher das Haar wurzelt und von der es ernährt wird. In jedem Haar ist die in der Haut befindliche zweibelartige Anschwellung, die Haarzweibel oder Haarwurzel, und der darüber freistehende Haarschaft zu unterscheiden. Zu jedem Haar gehören zwei oder mehr Hautdrüsen, welche reichliche Mengen Fett-schmelze in den Haarbalg ergießen, der zur Erhaltung der Geschmeidigkeit und zum Schutze des Haares gegen äußere Einflüsse, sowie auch zum Einfeuchten der Oberhaut dient.

Man unterscheidet gewöhnlich Flaum- oder Wollhaare, Grannenhaare und Stichelhaare; die Unterschiede beruhen weniger auf inneren Verschiedenheiten, als auf äußeren Eigenschaften, wie Festigkeit, Geschmeidigkeit, Länge, Dicke, Krümmung usw.; die Wollhaare sind dünn und weich, meist nicht straff, sondern wellig gekrümmt; die Grannenhaare sind straffer, steifer und von größerer Länge und Dicke als jene; sie machen bei den glatthaarigen Tieren die obere Decke aus. Die einzelnen Haare bestehen meist aus drei verschiedenen Gewebeschichten: in der Mitte befindet sich der Markstrang, um diese herum ist die aus dünneren Fasern aufgebaute Rindenschicht (Hornsubstanz) gelagert und zu äußerst befinden sich die Hornschuppen (Epidermis- oder Cuticula-Zellen) des Oberhäutchens. Von der Menge der Rindenschicht und deren gleichmäßigem Gefüge ist die Festigkeit und Elastizität abhängig. Die Hornschuppen können flach nebeneinander liegen oder sich schuppenartig wie Dachziegel überdecken. Ist ihr freier Vorderrand dünn, so erscheint das Haar glatt, ist er dick, so erscheint das Haar unter dem Mikroskop gefügt; besonders die verfilzbaren Haare weisen starke Säugung auf. Die Länge der Haare ist bekanntlich sehr verschieden. Auch die Dicke weist sehr bedeutende Schwankungen auf, sogar bei den Haaren des Einzeltieres; während die feinsten Wollhaare des Schafes kaum 0,01 Millimeter Durchmesser zeigen, finden sich in der Wolle von Landfischen über 0,1 Millimeter dicke Grannenhaare.

Dem Zweck entsprechend, für welche die Wolle bestimmt ist, wird das von dem Schaf gewonnene Woll in verschiedene Teile zerlegt, da, wie schon erwähnt, die Haare vom Einzeltier an den verschiedenen Körperstellen durchaus abweichende Länge und Stärke haben. Unter allen Körperstellen des Schafes sind es die beiden Schulterblätter, welche die feinste und beste Wolle tragen. In absteigender Güte und Feinheit folgen dann die Wolle von den Seiten des Leibes, von den Seiten des Halses und der Keule. Diese vier Teile bilden die sogenannten edlen Viehhaare. Mindere Wollqualitäten liefern der Nacken, das Rückgrat, Kehle, Brust, Oberhals, Ober-schenkel und Schwanzwurzel.

Die Wolle kommt nun in sehr verschiedener Reinheit und Güte auf den Markt. Manche Sorten, besonders viele deutsche Wollen, sind vor der Schur auf dem Rücken des Tieres vorgewaschen, während andere, so die größte Menge der Kolonialwollen ungewaschen, oder „im Schweiß“ in den Handel kommen. Die Schafe werden entweder ein- oder zweimal jährlich geschoren, und man unterscheidet danach „Einschur-“ und „Zweischur“-Wollen. Die von noch nicht ein Jahr alten und zum erstenmal geschorenen Schafen erhaltene Rohwolle ist weich und seidenartig; unter dem Mikroskop sind solche Wollen daran kenntlich, daß die einzelnen Härden eine fein auslaufende Spitze haben, was bei mehrfach geschorener Wolle nicht der Fall ist; diese sind vielmehr oben und unten von gleichem Durchmesser. Die Wolle geschalteter Tiere kann durchaus gleichwertig mit Schurwollen sein, wenn dieselbe ebenso ab-geschoren wird wie vom lebendigen Schaf. Gewöhnlich werden die Helle jedoch einige Zeit in Kaltwasser oder mit Chemikalien verzieht, Wäber gelegt, um die Haare zu lockern. Die dann durch Rupfen abgenommene Wolle (Rauw- oder Gerberwolle) steht qualitativ ganz bedeutend zurück, ist auch schon äußerlich an ihrer Bruchigkeit, Mangel an Feit und mikroskopisch an großem Gehalt von Luft zu erkennen. Die Wolle von verendeten Tieren ist ebenfalls schlechter, verhält sich auch bei allen nachfolgenden Behandlungen, besonders aber beim Färben wesentlich ungünstiger als gesunde Wolle, ergibt hellere und mattere Töne.

Für das Verhalten der Wolle bei den späteren Prozessen ist auch noch zu beachten, daß dieselben viel stärker hygroskopisch ist, als alle Pflanzenfasern. Dieselbe verliert bei Trodnen (100 Grad Celsius) im Durchschnitt 15,43 Prozent Feuchtigkeit, was einer Gewichtsvermehrung von 18,25 Prozent der getrodneten Wolle bei Wiederaufnahme der durchschnittlichen Feuchtigkeit entspricht. Eine weitere Eigentümlichkeit ist die Formbarkeit in einer Hitze von 100 Grad Celsius. Die Wolle ist dann ganz weich und plastisch und behält die ihr in diesem Zustande gegebene Form. Auf dieser Erscheinung beruht das Glanzpressen der Wollgewebe.

Aber auch in chemischer Hinsicht zeigt die Wolle ein eigentümliches Verhalten. Vor allen Dingen enthält Wolle mehr oder minder große Mengen Schwefel. Man kann denselben leicht durch Erhitzen von Wolle in einer verdünnten Lösung von Bleioxyd in Natronlange nachweisen; die Faser wird dann infolge von Bildung von Schwefelblei schnell braun und schließlich schwarz. Durch die materials bereits zur Einführung gelangt ist, soll nunmehr auch, wie das Kgl. Preussische Kriegsministerium soeben bekannt gibt, bei den Heeresgeräteeinrichtungen, bei denen bisher noch das graubraune, unverstärkt präparierte und wasserdichte Segeltuch Verwendung gefunden hat, eingeführt werden. Diese sollen mit feldgrauem Segeltuch versehen bzw. aus solchem hergestellt werden. Unverfärbbarkeit und Wasserfestigkeit werden natürlich auch hier gefordert. Diese Umwandlung betrifft die große Reihe von Gegenständen zum Truppengebrauch, z. B. Brotbeutel, Zeltbahnen, Wagenplanen usw.

Die Lohnsätze in den Bedingnisheften für Heereslieferungen in Oesterreich. In der letzten Session der österreichischen Delegation wurde eine Resolution beschlossen, welche das Reichskriegsministerium auffordert, in den Bedingnisheften für Heereslieferungen Lohnsätze vorzuschreiben. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde ferner das Verlangen gestellt, bei der Vergebung derartiger Lieferungen die sogenannten tariffreien Unternehmer zu bevorzugen.

Eine Textilausstellung in New York. Eine nationale Textilausstellung wird, wie schon berichtet, in diesem Sommer im Madison Square Garden, New York, stattfinden. Die Veranstalter dieser Ausstellung, die Herren Green u. Rowe, treffen große Vorbereitungen, um die Ausstellung erfolgreich zu gestalten. Diese beiden Herren waren auch die Veranstalter der Seidenausstellung in Patterson, N. J. Die Arrangierung der Ausstellung wird die Summe von 20 000 Dollar kosten. Es ist geplant, daß in derselben Seide, Baumwolle, Wolle, Leinen, Erktotagen, Spitzen und Stidereien selbständig für sich ausgestellt werden. Die Eröffnung wird am 5. August d. J. stattfinden, und die Ausstellung wird bis zum 12. des gleichen Monats geöffnet bleiben.

Die Weltproduktion der Kunstseide wird laut „Frankf. Zig.“ auf ungefähr 5 1/2 Millionen Kilogramm jährlich geschätzt. Ein Drittel hiervon im beiläufigen Werte von 24 Millionen Mark wird allein in Deutschland hergestellt.

Stillegung der Weberei Otto Bönninger, Duisburg. Wir berichten bereits vor längerer Zeit, daß die Weberei Otto Bönninger, Duisburg, stillgelegt werden soll. Jetzt hat die Firma ihren letzten 250 Arbeitern zum 13. Mai gekündigt. Damit hört die älteste Weberei Duisburgs auf zu existieren.

Farbenveränderung ist auch Wolle leicht von anderen Gespinnstfasern zu unterscheiden. Daraus ergibt sich aber auch wieder die Lehre, daß Wolle unter keinen Umständen in Wasser behandelt werden darf, welches auch nur Spuren von Bleisalzen enthält, da das hierbei entstehende Schwefelblei sich mit späteren Chemikalien, speziell mit Farbstoffen unter Umständen nicht vertragen würde, so daß sehr unangenehme Mischfarbungen entstehen würden.

Gegen kochendes Wasser ist Wolle sehr empfindlich; durch längeres Kochen leidet der Glanz und die Festigkeit. Durch Erhitzen mit Wasser unter Druck auf 130 Grad wird die Faser so verändert, daß sie nach dem Trodnen zu einem feinen Pulver zerrieben werden kann; es ist dadurch möglich, Wolle in Gegenwart von Seide oder Baumwolle zu zerstören. Bei noch höherer Wärme (150—200 Grad) wird die Wolle vom Wasser vollständig gelöst. Daß bloßes Wasser die Wollfaser anzugreifen imstande ist, zeigen auch die Schädigungen, welche durch Stockflecken verursacht werden. Die stockigen Fasern erscheinen in einzelne Fäserchen gespalten und zeigen ein pinselförmiges Aussehen.

Durch konzentrierte Mineralsäuren wird die Wollfaser unter gleichzeitiger Lösung vollständig zerstört, jedoch tritt dieser Zeitpunkt bedeutend später ein als bei Baumwolle. Aus diesem Grunde ist auch das Karbonisieren der Wolle, welches den Zweck hat, Pflanzenteile, wie Kleiten usw. aus der losen Wolle zu entfernen, nur unter Anwendung der äußersten Vorsicht zu gebrauchen, da durch das starke Erhitzen und Austreiben des Wassers die ursprünglich sehr verdünnte Säure konzentrierter wird.

Gegen Alkalien ist Wolle, wenn sie kalt damit behandelt wird, wenig empfindlich; wird die Stärke der Lösung gleichzeitig mit der Wärme gesteigert, so tritt eine vollständige Auflösung ein. Wird Wolle längere Zeit gekocht, so genügt schon die Anwesenheit von nur 1 Proz. Natriatron, um dieselbe vollständig zu lösen.

Aus diesen Andeutungen läßt sich ersehen, daß auf gar vieles zu achten ist, wenn nicht später Fehler eintreten sollen, welche manchmal später gar nicht oder doch wenigstens sehr schwer nachweisbar sind und für die es keine Abhilfe mehr gibt.

Betrachtet man von diesen Gesichtspunkten aus zunächst die Wollwäsche, so ergibt sich ohne weiteres, daß sich aus diesen Beobachtungen verschiedene Direktiven ergeben.

Die natürlichen Unreinigkeiten, welche der Wolle außer den mechanisch anhaftenden, wie Kletten, Sand usw. zu nehmen sind, nennt man zusammenfassend den „Wollschweiß“. Diesen selbst wird man wieder in zwei verschiedene Stoffe zerlegen können, in das Wollschweißfett, den eigentlichen Wollschweiß, und die Wollschweißsalze. Das Wollschweißfett, auch kurzweg Wollfett genannt, besteht aus fetten oder wachsartigen Stoffen, die in Lösungsmitteln wie Schwefelkohlenstoff, Benzol, Petroläther usw. löslich sind, und enthält hauptsächlich höhere (feste) Alkohole, Gallertalge usw. entweder frei oder an Oelsäure und gesättigte Fettsäuren gebunden. Diejenigen Körper, welche unter gewöhnlichen Bedingungen nicht verzeift werden, bilden mit Seifenlösungen Emulsionen, und können daher sowohl durch Seifen, wie durch die oben genannten Lösungsmittel entfernt werden. Bis zu welchem Grade der Vollkommenheit das Wollschweißfett durch Seifenlaugen entfernt wird, ist noch nicht genau bestimmt worden; es scheint jedoch, daß deren Wirkung sich auf die Entfernung solcher Verunreinigungen beschränkt, welche die Faser nur umhüllen, und nicht auf das im Innern der Faser enthaltene Fett erstreckt. Die Wollschweißsalze sind in Wasser löslich; sie enthalten fast alle Stoffe, welche die Pflanzenfaser auch durch den Harn auszuscheiden pflegen und nahezu die vollständige Reihe der Fettsäuren (in Gestalt der Kalisalze) von der Ameisensäure an bis zu den wachsaartigen Säuren, Malon- und Bernsteinsäure. Auch kleine Mengen von Chloriden, Carbonaten, Sulfaten usw. sind darin enthalten. Die Woll-wäsche wird sich also darauf richten müssen, diese Stoffe in möglichst rationaler und für die Faser unschädlicher Weise zu entfernen. In Betracht kommt dabei, daß auch heute die Abfallstoffe, welche früher mit den Wollwässern fortgeschüttet wurden, wirtschaftlich eine große Rolle spielen. Die Wollschweißsalze resp. die diese in größeren Mengen enthaltenen Wollwässer werden auf Potasssalze verarbeitet, und das Wollfett ist eine sehr wertvolle Handelsartikelform geworden. (Lanolin!)

Zur Entfernung der wasserlöslichen Wollschweißsalze werden die Wollen in der Vorwäsche mit warmem Wasser allein behandelt. Dieser Vorwäsche folgt die eigentliche Färbewäsche, das Entfetten oder Entschweifen, welches rein chemisch mit den genannten Lösungsmitteln oder chemisch-mechanisch unter Benutzung von Seifenlaugen ausgeführt wird.

### Zur Lohnbewegung der Färber in Chemnitz.

Man schreibt uns weiter von dort:

Wie wir schon in Nummer 16 mitteilten, ist die hiesige Ortsgruppe der Färbereibesitzer in eine Prüfung der in den hiesigen Färbereien bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingetreten und hat der Arbeiterschaft versprochen, bis zum 28. April eine Antwort zu erteilen, ob eine Lohnaufbesserung gewährt werden kann und in welcher Höhe die Lohnaufbesserung erfolgen soll. Es wird weiter berichtet, daß die Prüfung in „wohlwollender Weise“ erfolgen und den verteuerten Lebensbedürfnissen Rechnung getragen werden soll. Ob zu dieser „wohlwollenden Prüfung“ circa 6 Wochen nötig sind, möchten wir entschieden bezweifeln; haben wir doch vor einiger Zeit die Lohnstatistik der Firma A. Schug veröffentlicht, aus der zu ersehen war, daß die Löhne der Färbereiarbeiter dringend einer Aufbesserung bedürfen, obwohl diese Firma sich mit unter denjenigen befindet, welche die höchsten Löhne zahlen. Im weiteren möchten wir noch einmal auf das von uns veröffentlichte Rundschreiben der Seidenfärber hinweisen, wonach dieselben von ihrer Rundschau ab 1. Mai eine Erhöhung der Farbpreise um 20 Prozent verlangen, mit der Begründung der Steigerung der Arbeitslöhne und Rohmaterialien. Unter diesen Firmen befand sich unter anderen auch die Firma Schug, welche bis heute keinen Pfennig von den gestellten Forderungen bewilligt hat. Heute wollen wir einmal der Öffentlichkeit zeigen, welche niedrigen Löhne, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, von denjenigen Firmen gezahlt werden, welche gleichfalls die Farbpreise um 20 Prozent ab 1. Mai erhöhen und den Arbeitern keinen roten Pfennig bewilligt haben. Die Öffentlichkeit wird sofort auf den ersten Blick erkennen, daß es nicht erst einer „wohlwollenden Prüfung“ bedürft hätte, um die Löhne dieser Arbeiterschaft aufzubessern.

Lohnstatistik der Firma Ellinger & Jakobs.

Alter Jahre	Im Betrieb beschäftigt Jahre	Lohn der Woche Mt.	Verheiratet	Beibg.	Bemerkung
33	10	19,28	1	—	
54	21	17,78	1	—	
26	1 1/4	18,23	1	—	
56	3	18,23	1	—	
46	26	22,23	1	—	
49	4	18,78	1	—	
54	12	18,23	1	—	
38	2 1/2	18,23	1	—	
66	26	18,23	1	—	
16	1/3	13,—	—	1	
45	2	18,23	1	—	
21	2	17,—	—	1	
67	1 1/2	17,23	1	—	
56	8 1/4	17,78	1	—	
23	1 1/2	17,—	1	—	
53	1 1/8	17,23	1	—	

Berlin veröffentlicht unter anderem folgende Untersuchung: Zwei Stücke Seidenstoff waren auf dem Lager eines Großhändlers an den Ranten und in den Brüchen verschaffen. Es sollen die Ursachen der Verfärbung bzw. des Farbumschlages festgestellt werden. Die Prüfung ergab, daß die wässrigen Auszüge der Seidenstoffe reagierten und Schwefelsäure enthielten. Die verwendeten Farbstoffe waren verhältnismäßig schwefelsäureempfindlich und lieferten auf den unverschafften Teilen der Stoffe denselben Farbumschlag, wie ihn die verschafften aufwiesen, wenn man den Stoff mit verdünnter Schwefelsäure bestrich und dann im Trodenschrank schnell trodnen ließ. In den zum Entwideln benutzten schwarzen und weißen Lappen konnten keine sauer reagierenden Körper nachgewiesen werden. Nach den Prüfungs-ergebnissen konnte angenommen werden, daß vom Färben her Schwefelsäure in der Seide zurückgeblieben war, die nach örtlicher Anreicherung und Konzentrationserhöhung in den Ranten und Falten jene Verfärbung erzeugt hat.

Einheitsfutterstoff für Truppenbekleidung. Nachdem die Heeresverwaltung dazu übergegangen ist, die feldgraue Uniform nach und nach durch Anfertigung aller neuen Garnituren aus feldgrauem Tuche einzuführen, soll auch ein Einheitsfutterstoff zur Vereinfachung in der Bekleidungsirtschaft mit der Bezeichnung „farbiger Körper“ Verwendung finden, der nach Aufbrauch der Bestände an grauem, feldgrauem und grau-grünem Kaliko und Körper an Stelle dieser Stoffe zu allen Bekleidungsanfertigungen zu nehmen ist. Für die Beschaffenheit des farbigen Körpers wird vorgeschrieben:

Breite: 100/101 cm; Art des Garnes; Baumwolle; Nummer des Garnes: 18—19, 36—40; Fadenzahl auf 1 qcm: 24—26; Gewicht für das laufende Meter: 220—230 g; Ausrüstung: echtfarbig und leichte Mangel; Festigkeit: 65/50 kg.

Das Kgl. Sächs. Kriegsministerium hat soeben ein Ausschreiben hierzu erlassen mit der Bestimmung, daß Fabrikanten die entsprechenden Proben vom Bekleidungsamt des 19. Armeekorps in Leipzig gegen Erstattung der Selbstkosten beziehen können.

Feldgraues Segeltuch für das Heeresgerät. Die feldgraue Farbe, die für Uniformen und für den Anstrich des rastenden Heeres-

Table with columns: Alter, Im Betrieb beschäftigt, Lohn per Woche, Ber- heiratet, Ledig, Bemerkung. Lists various workers and their details.

Löhne der Arbeiterinnen. Table with columns: Alter, Lohn per Woche, Ber- heiratet, Ledig, Bemerkung.

Der Durchschnittslohn beträgt noch für 54 Arbeiter pro Woche 18,14 M., für 13 Arbeiterinnen 8,65 M. Von diesem Lohn gehen die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung noch ab.

Wahl zum Gewerkschaftskongreß 1911. (Dresden vom 26. Juni bis einschließlich 1. Juli.)

Am Tage der Wahl zum Gewerkschaftskongreß — Sonntag, 14. Mai 1911 — stehen die nachstehend bezeichneten Kollegen zur Wahl.

I. Wahlkreis. Feinhals, Josef — Augsburg. Glanemann, Josef — Mühlhausen i. Elß.

II. Wahlkreis. Brüggemann, Bernhard — Crefeld. Gehnen, Mathias — M.-Gladbach.

III. Wahlkreis. Daus, Ernst — Bremen. Döbler, Emil — Hannover. Edel, Ernst — Cassel.

IV. Wahlkreis. Dörr, Paul — Cottbus. Grühl, Max — Berlin. Hoppe, Martha — Berlin.

V. Wahlkreis. Drieschner, Adolf — Reichenbach i. Schl. Gutberlet, Reinhardt — Spremberg.

VI. Wahlkreis. Breitschneider, Alban — Gera. Hennide, Christian — Mühlhausen i. Th.

VII. Wahlkreis. Hecht, Albin — Pirchberg. Meyer, Albert — Crimmitschau.

VIII. Wahlkreis. Graupe, Georg — Zwickau. Hermann, Martin — Buchholz. Krause, Ernst — Glauchau.

IX. Wahlkreis. Berndt, Robert — Neugersdorf. Florshütz, Hermann — Chemnitz. Sachsse, Hugo — Chemnitz.

Die Mitglieder werden ersucht, sich vollzählig an der Wahl zu beteiligen. Der (8.) Gewerkschaftskongreß findet im Saale des „Tivoli“ zu Dresden statt.

- Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.) 2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, welche auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 15. Mai 1911 an die Generalkommission einzusenden.

Aus den Branchen.

Wie sieht es in der Bielefelder Flach- und Leinenindustrie aus? Die Lage des Flach- und Leinenmarktes ist nach wie vor gefestigt und ziehen die Preise immer noch an.

Die Lage des Flach- und Leinenmarktes ist nach wie vor gefestigt und ziehen die Preise immer noch an. Aus den Berichten der Spinnereien ist ersichtlich, daß das Geschäft im ganzen in ruhigere Bahnen lenkt und daß es zu größeren Abschüssen in letzter Zeit nicht gekommen ist.

Zur Lage der schlesischen Textilindustrie schreibt die Handelskammer Schneidnitz: „In der Baumwollspinnerei hat sich im Bezirk der Handelskammer die ohnehin schon ungünstige Lage noch weiter verschlechtert; die Kaufkraft liegt darnieder.“

Aus dem Geschäftsleben der Baumwollspinnerei „Roths Erde“ in Wocholt. In der in Dortmund stattgefundenen Generalversammlung der Aktionäre fragte der Bankdirektor Gustav Wislott an, wie sich die gegenwärtige Geschäftslage und die Aussichten für die Zukunft darstellen.

werden. Allerdings ist ja die Inanspruchnahme der Bank gegenüber dem Aktienkapital sehr hoch. Wir benötigen einen Kredit von einer Million Mark. Das hat uns auch veranlaßt, den Gewinnsaldo ganz vorzutragen und von der Verteilung einer Dividende abzusehen.

Bankdirektor Wislott fragte dann weiter an, wie es mit den Versicherungsrückständen aus dem letzten Brandschaden stehe. Namens des Aufsichtsrates teilte Hr. Meininghaus mit, daß die Versicherungsrückstände ein Drittel der Versicherungssumme (200 000 Mark) betragen.

Aus der Wollindustrie des Boglandes berichtet man dem „Berl. Tagbl.“ folgendes: „Die Geschäftslage in den Textilzentren zu Reichenbach, Neuschau, Mhlau, Esterberg und Verga hat sich in den Webereien sehr verschieden entwickelt, nicht in allen Betrieben herrscht ein günstiger Geschäftsgang vor.“

Für 25 Millionen Aufträge hat die Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Bremen Begesack. In der Generalversammlung der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei, Bremen, teilte der Vorsitzende mit, daß alle Fabriken recht gut beschäftigt seien.

Was die Mechanische Weberei Zittau verdient. Das am 30. April ablaufende Geschäftsjahr hat, soweit sich das bis jetzt übersehen läßt, einen befriedigenden Verlauf genommen.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

In Mühlhausen i. Elß. hatte schon mehrere Wochen lang das unverantwortliche Benehmen des Obermeisters E., in der Firma Köhlin-Schmitt, die Gemüter der Spinner und Anseher erregt, doch war es einigen älteren Arbeitern noch möglich, die zum Siebepunkt gebrachte Erregung zurückzuhalten.

In Schmölln S.-A. traten am 15. März die Arbeiter und Arbeiterinnen, ca. 60 Personen, der Posamentenfabrik von Robert Rieger in eine Lohnbewegung ein. Verlangt wurde die Bezahlung der Nebenarbeiten, wie Anknüpfen, Einziehen, Zurichten usw.

In Silberdorf bei Zittau hat die Firma Wagner u. Co. eine Aenderung der Grundberechnung der Wollöhne eintreten lassen, die für die Arbeiter eine Lohnreduktion bedeutet. Es bestehen dort also Lohndifferenzen, von denen wir wünschen, daß sie bald geschlichtet werden mögen.

Fabrikanten nicht erfüllen wollte. Herr Direktor Müller hat in einer einseitigen Weise die getroffenen Abmachungen ganz bedeutend verschlechtert. Außerdem weigern sich die übrigen Fabrikanten, ihre alten Leute einzustellen. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, die Arbeit wieder aufzunehmen und die Einstellungslisten verlangt. Die meisten Firmen haben bis heute nicht geantwortet. An eine Beendigung der Aussperrung ist daher in Eilenburg nicht zu denken.

**Ausland.**

**Dänemark.** Zuzug nach der Firma Winström, Vestergade, Kopenhagen, ist streng zu meiden. Bis jetzt ist es uns nicht gelungen, den als Hausmeister tätigen Wenter aus München aus dieser Werkstatt herauszuholen. Alle Anfragen bitten wir an den Vorsitzenden, G. Andersen, Hellerupvej 8, Havehuset, zu richten.

**Aus der Bewegung in anderen Berufen.**

**Deutsches Reich.**

Die Aussperrung der Metallarbeiter in Chemnitz ist insofern in ein neues Stadium getreten, als nun zwischen den streitenden Parteien Verhandlungen zustande gekommen sind, die bei Reaktionsstillstand noch fortbauerten.

**Politische Nachrichten.**

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hermann Borgmann ist am Sonntag in Berlin unter Teilnahme vieler Tausender zur letzten Ruhe bestattet worden. Borgmann gehörte zu den schärfsten Unerföhrten, die im preussischen Landtage einen heißen Kampf mit dem Junkerregiment führten. Borgmann war auch Stadtbürgermeister in Berlin und hat auch als solcher seine Pflicht in hohem Maße erfüllt. Die Sozialdemokratie verliert in Borgmann einen allezeit waderen Streiter, den sie schmerzlich vermissen wird.

**Soziales.**

Resolution des Reichstages für die Arbeitstarifverträge. Bei der 2. Lesung des Etats für den Reichsanwalt hat der Reichstag am 31. März folgende Resolution des Abg. Behrens u. Gen. (Wirtschaftliche Vereinigung) angenommen: Den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen:

1. den sozialen Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dadurch zu fördern, daß die Verordnungen angewiesen werden, bei Vergabe von Arbeiten und Lieferungen für das Reich, insbesondere für die Verwaltung der Kaiserlichen Marine, des Reichsheeres, der Reichs-Eisenbahnen und der Reichs-Post- und -Telegraphen möglichst nur solche Firmen zu berücksichtigen, die sich verpflichten, in ihren Betrieben zur Regelung und Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken;
2. bei den Bundesstaaten dahin zu wirken, daß sie ebenfalls in der vorstehenden Weise auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken.

Eine ähnliche, in einigen Punkten aber weitergehende Resolution der Sozialdemokraten wurde abgelehnt.

**Bresche in der schwarzen Oberpfalz.** Neulich fand im Bezirksamt Eichenreuth die Wahl der Arbeiterbeisitzer zum Gewerbeamt statt. Es wurde nach dem Proporz gewählt. Der Ausgang der Wahl bedeutet in diesem Bezirk einen blamablen Zusammenbruch der zentrumschriftlichen Arbeitervereinsarbeit. Gift und Galle hatten die schwarzen Winkelblättchen gespien gegen die Riste der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Mangel anderer Argumente griffen die schwarzen Drahtzieher wieder zu dem alten bewährten Mittel, die Wähler in ihrer religiösen Gesinnung zu fassen, obwohl zwischen Gewerbeamtstätigkeit und dem lieben Gott auch nicht der allerheiligste Zusammenhang zu finden ist. Die „christlichen“ Führer merkten, daß der Ausfall dieser Wahl von symptomatischer Bedeutung für die Parteienentwicklung in der Oberpfalz sein würde. Daher ihre Anstrengungen.

Sie waren vergebens. Der Vorwärtler der freien Gewerkschaften in der Oberpfalz mußte bei der Gewerbeamtswahl zitternmäßig zum Ausdruck kommen. Allerdings ist das Resultat für uns erfreulicher, als mancher zu hoffen wagte. Es liegen uns folgende Resultate vor:

	Liste 1 (Christl.)	Liste 2 (Freie Gewerks.)
Eichenreuth	108	168
Baldham	126	69
Wittertshausen	52	162
Reichshausen	14	36
Neufelden	50	8
Blöschberg	10	17
Fuchsmühl	41	54
Barnau	7	30
Siebenstein	4	10
Sengenfeld	3	28
	410	572

Die christlichen erhalten 4, die freien Gewerkschaften 6 Beisitzer. Es geht vorwärts und das in der schwarzen Oberpfalz. Wie nähren sich in Deutschland die verschiedenen Bevölkerungsschichten? Die soziale Schichtung der Bevölkerung in die drei Klassen: Arbeitermassen, Mittelstand und obere Zehntausend, läßt sich auch in der verschiedenen Ernährung dieser Schichten wiedererkennen. Bei dem Arbeiter wird die Auswahl der Nahrungsmittel bestimmt durch den Zwang, möglichst billig zu leben, der Preis der Nahrungsmittel hindert ihn, sich dieselben frei auszuwählen; der in günstigeren Verhältnissen lebende Mittelstand kann sich dagegen seine Kost frei wählen, mit zunehmendem Reichtum spielt der Preis der Nahrungsmittel eine immer geringere Rolle. Dementsprechend gestaltet sich der Konsum an den wichtigsten Nahrungsmitteln: Brot, Kartoffeln und Fleisch, sehr verschieden. Nach den Berechnungen Dr. Girsfelds in der „Monatsschrift für soziale Medizin“ beträgt in Familien, deren Einkommen 1500 M. nicht übersteigt, der tägliche Brot- und Kartoffelverbrauch pro Person etwa 600 bis 700 Gramm von beiden. Hohe Differenzen zeigen sich dagegen im Fleischverbrauch. Bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 500 M., wie es die Zittauer Weber erlangen, beträgt der Fleischverbrauch täglich pro Person nur 20 Gramm, er steigt dann mit zunehmendem Einkommen und beträgt bei einem solchen von 1500 M. circa 100 Gramm täglich. Die Ernährung der wohlhabenden Klassen unterscheidet sich von diesen Kostformen durch einen geringeren Brot- und Kartoffelgehalt sowie durch einen höheren Fleischkonsum. Von Brot und Kartoffeln werden täglich etwa je 475 Gramm genossen, an Fleisch 300 bis 400 Gramm (Männer) und 200 bis 300 Gramm (Frauen). In den Klassen, deren Einkommen zwischen 6000 und 10 000 M. beträgt, sinkt der tägliche Brot- und Kartoffelverbrauch noch mehr; er beträgt im Durchschnitt nicht mehr als annähernd 150 bis 200 Gramm.

**Gesundheitswesen.**

Die Dezentralisation der Großstädte — eine hygienische Notwendigkeit. Seit längerer Zeit wird in der Literatur die Frage erörtert, ob nicht das einzig radikale Mittel, der großstädtischen Wohnungsnot zu steuern, das wäre, daß man die Fabriken von der Stadt weg auf das Land verlege. Der Leipziger Privatdozent Dr. Walder sprach die Ansicht aus, daß eine übermäßig bevölkerte Stadt wie ein übermäßig starker Mensch einer Entfettungskur bedürfe und Emil Vanderbeke in Brüssel sieht das zweckentsprechendste Mittel in gründlichen Verkehrsreformen. Zu diesen

nationalökonomischen Schriftstellern gefellen sich neuerdings auch ärztliche, welche die Frage vorwiegend vom gesundheitlichen Standpunkt behandeln. Tatsächlich ist nicht zu leugnen, daß die körperliche Minderwertigkeit der großen Masse der städtischen Bevölkerung, die man mit einem gewissen Rechte auch als Degeneration bezeichnen kann, in den Verhältnissen des großstädtischen Lebens begründet ist. Zweifellos kommt hier die Wohnung in gesundheitlicher Hinsicht in erster Linie in Betracht. Sie bildet neben den gewerblichen Schädigungen die Hauptgesundheitsgefahr für den großstädtischen Arbeiter. Die überfüllten Wohnungen der Armen in den Städten sind als die eigentlichen Brutstätten der Tuberkulose anzusehen. Die Öffnung aber, daß es gelingen werde, in den Großstädten überall sanitär einwandfreie Wohnungszustände zu schaffen, darf man endgültig aufgeben, weil eben die Großstädte schneller wachsen, als die Wohnungsproduktion nachkommen kann. Ueberall bleibt die Zahl der neuerstellten Wohnungen hinter der Zahl des Bedarfs zurück, was zur Folge hat, daß das Wohnungsdefizit ständig wächst. In Hamburg waren z. B. im Jahre 1880 nur 3378 Wohnungen weniger vorhanden als gebraucht wurden, im Jahre 1885 dagegen 10 000, im Jahre 1890 schon 25 000, im Jahre 1895 gar 34 000. Die Folge davon ist, daß immer mehr Familien in wenige Wohnungen zusammengedrängt werden, daß in eine Wohnung, die früher eben kaum noch für eine einzelne Familie ausreichte, sich zwei und drei Familien teilen müssen. Eine weitere Schattenseite des großstädtischen Lebens, die auf die Volksgesundheit einwirkt, ist die erschwerte Ernährung der Volksmassen. Die Beschaffung einer ausreichenden Ernährung ist schwierig, weil die Nahrungsmittel in der Großstadt viel teurer sind wie auf dem Lande, wo der Arbeiter sich selbst ein Schwein oder wenigstens eine Ziege halten und sich sein Gemüse selbst pflanzen kann. Mit dem Anwachsen der Bevölkerung in den Großstädten wird natürlich auch die Wasserversorgung, die Entwässerung und Abfallbeseitigung erschwert und damit das Volkswohl gegen die Verbreitung von Seuchen und ansteckenden Krankheiten gelockert. Der bekannte Sozialhygieniker Dr. Wonne in Klein-Flottbeck, der eifrige Bekämpfer der Flußverunreinigung, glaubt, daß infolge der Dezentralisation der Abfuhr auch am ersten nach die Reinhaltung der deutschen Gewässer gewährleistet werde. Er verlangt daher, daß nicht allein ein weiteres Anwachsen der Großstädte verhindert, sondern daß dieselben auch systematisch dezentralisiert werden. Dies sollte geschehen durch Verlegung der Industrie aufs Land und durch die Aufschließung der Umgebung der Städte mittels Verkehrsreformen. Dr. Wonne entwickelt ein ausführliches Programm, wie die Dezentralisation im einzelnen beschaffen sein soll und welche Vorteile er sich davon verspricht. Weitere sollen derartig große sein, daß, wenn sie eintreten würden, sie tatsächlich der Lösung der sozialen Frage beinahe gleichkämen. Immerhin muß man sich auch hier vor Uebertreibungen hüten und darf doch auch die Vorzüge der Großstädte für die Zivilisation nicht vergessen. Das ist zunächst ihre Bedeutung, welche sie für die feinsten Blüten der Kultur, nämlich für die Kunst und Wissenschaft, haben, in zweiter Linie der Vorteil, welchen die Verührung der verschiedenen sozialen Schichten in den Städten mit sich bringt und der durch die Begründung von „Arbeiterdörfern“ in Wegfall kommen würde. Für die Arbeiter würde die Verlegung der Industrie aufs Land auch den Nachteil haben, daß die Arbeitslöhne sinken. Wentgens hat man bisher stets in der Textilindustrie die Erfahrung gemacht, daß die Unternehmer nicht zuletzt mit ihren Betrieben aufs Land gingen, um Arbeitslöhne zu ersparen.

**Aus Unternehmertreffen.**

Vom Verband deutscher Hanfspinnerinnen und Winda-fabrizanten, G. m. b. H. Der Verband deutscher Hanfspinnerinnen und Winda-fabrizanten, G. m. b. H., hat durch statistische Aufnahmen festgestellt, daß in den letzten drei Jahren der Inlandsabsatz der beiverrichtenden Erzeugnisse so gut wie gar nicht gestiegen ist, während die Fertigung durch Vergrößerung aber und den Bau neuer Fabriken ganz wesentlich stieg. Die infolgedessen hervorgerufenen Angstverkäufe und Unterbietungen hatten einen Grad erreicht, der die Anpassung der Verkaufspreise an den gestiegenen Rohstoffmarkt verhinderte. Infolgedessen war es nur wenigen fast abgeschleichen Fabriken, die noch Rohstoffe aus sehr billiger Zeit beschaffen, möglich, günstige Jahresabschlüsse zu erzielen, während andere Fabriken, die ihren Rohstoffbedarf zu Tagespreisen einden mußten, mit nennenswerten Verlusten abzuschließen. Um diesen ungesundeten Zustand zu befeitigen, haben die in der G. m. b. H. vereinigten Fabriken eine Kontingentierung des Inlandsabsatzes beschlossen, derart, daß die für das Inland bestimmte Herstellung unter inländischen Bedarf genau anzupassen und in gerechter Weise unter die einzelnen Fabriken zu verteilen ist, so daß die angeschlossenen Fabriken vor Angstverkäufen bewahrt werden. Uebertriebene Preis-erhöhungen werden jedoch unbedingt vermieden werden, wie auch der letzte Ausschlag nur durch die außerordentliche Verteuerung des Rohstoffs erzwungen wurde.

Keine Produktionsbeschränkung in der Flachspinnerei Deutschlands. Die von einigen Seiten in Vorschlag gebrachte Produktionsbeschränkung haben die deutschen Spinner einstimmig abgelehnt, und zwar schon aus dem Grunde, weil sie durch die gefestigte beschränkte Arbeitszeit gegen das Ausland (58 Stunden pro Woche) ohnehin wesentlich weniger produzieren.

**Aus Handel und Industrie.**

Konferenz zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge. Die Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen ist bisher unzulänglich und wenig zweckmäßig gewesen. Die isolierte Sammlung und Verarbeitung des Materials durch die zahlreichen wirtschaftlichen Körperschaften — Handelskammern, Branchenvereine, Zentralverbände usw. — hat dazu geführt, daß die Behörden mit einer Ueberfülle von Eingaben und Anträgen überschüttet wurden. Ueberdies mußte diese vielfache Doppelarbeit naturgemäß ungleichmäßige und zum Teil sich widersprechende Ergebnisse zeitigen.

Jedenfalls dürfte es sich empfehlen, über die Möglichkeit und die Grenze einer derartigen Verhandlung einmal eine unverbindliche vertrauliche Aussprache zwischen den an dem Gegenstand besonders interessierten Körperschaften herbeizuführen.

Der Handelsvertragsverein hat an eine große Anzahl wirtschaftlicher Körperschaften ein Rundschreiben geschickt, in dem es heißt:

„Der Gesamtausschuß des Handelsvertragsvereins hat für wünschenswert befunden, zu versuchen, ob sich nicht eine einheitlichere und wirksamere Gestaltung der Vorarbeiten für neue Handelsverträge auf Grund einer Verständigung zwischen den mit diesen Arbeiten sich hauptsächlich befassenden freien Interessentenvertretungen herbeiführen läßt.“

Wie der Handelsvertragsverein uns mitteilt, hat diese Anregung lebhaft Zustimmung gefunden. Zahlreiche Verbände haben bereits ihre Teilnahme an der vorgeplanten Konferenz zugesichert, so daß deren Zustandekommen als gesichert gelten kann.

Zu der Frage, die besprochen werden soll, haben auch die Vertreter der Kaufmannschaft Berlins Stellung genommen. Sie haben in ihrer Sitzung vom 27. März d. J. beschlossen, den Reichsanwalt um die alsbaldige Vornahme einer Reichs-enquete über die Wirkungen des bestehenden Zoll- und handelspolitischen Systems auf alle Zweige gewerblicher Tätigkeit und auf die Konsumenten, sowie über seine Rückwirkungen auf Staat und Reich zu ersuchen. Die wichtigsten der von Deutschland abgeschlossenen Handelsverträge laufen zunächst bis zum Jahre 1917. Deutschland ist also aufs neue vor die Entscheidung über seine zukünftige Zoll- und Handelspolitik gestellt. Aus diesem Grunde wurde die vorstehend erwähnte Reichs-enquete beantragt.

Wenn die Erhebungen in dem üblichen bürokratischen Schneidentempo aufgenommen werden, kann die Enquete vielleicht noch bis zum Jahre 1917 fertig werden. So sehr eifrig wird es ja

die Regierung nicht haben, wenn sie sich überhaupt, was sehr fraglich ist, in der gewünschten Weise mit der Sache befaßt.

Eine Klinik für Berufskrankheiten besteht in Mailand. Dieselbe kann 60 Kranke aufnehmen und ist mit einer Bibliothek, einem Museum und ausreichenden Räumen für Studenten und Professoren ausgestattet. Eine solche Spezialklinik ist geeignet, das Studium der Gewerbekrankheiten zu vertiefen und wird insbesondere Ärzten, die in industriereichen Gegenden praktizieren, als Ausbildungsstätte bald unentbehrlich werden.

**Vermischtes.**

Militärdienst und Gesundheit. Für die Musterung der Stellungspflichtigen sind die deutsche Wehrordnung und die Wehrordnung vom 22. November 1888 sowie spätere Dienstausweisungen maßgebend. Zum Wehrdienst sollen nur kräftige junge Leute ausgehoben werden, und als Zeichen eines kräftigen Körperbaues werden angegeben: feste, elastische Haut, starker Nacken, breite Schultern, regelrecht gebaute Brust, gut gebaute Rücken, starke Knochen, kräftig entwickelte Muskeln, gelenkige Arme und Hände, gesunde Füße. Wenn nur solche jungen Männer ausgehoben würden, bei denen alle diese Voraussetzungen zutreffen, dann würde es allerdings mit dem Wehrersatz schlecht bestellt sein, denn die Kinder der großstädtischen Industriearbeiter dürften diese Eigenschaften wohl in den seltensten Fällen aufzuweisen haben. Immerhin sind gewisse Mindestanforderungen an die Körperbeschaffenheit zu stellen, die Mindestgröße beträgt für den Dienst mit der Waffe 1,54. Verküppelte sowie schwächliche, engbrüstige, mit schweren Seh- oder Gehörfehlern behaftete Leute sind zum Dienst untauglich. Eine derartige Untauglichkeit kann aber auch herborgerufen werden durch oft ganz unbedeutende Fehler, wie Narben, Krampfadern, Plattfuß, Mangel einer Zehe usw., so daß die Unbrauchbarkeit zum Militärdienst nicht immer einen schlechten Gesundheitszustand zu bedeuten braucht.

Eine ziemlich genaue Untersuchung der Rekruten auf ihren Gesundheitszustand ist sowohl im Interesse der Wehrverwaltung wie auch des einzelnen Stellungspflichtigen gelegen. Werden schwächliche Leute eingestellt, so müssen sie nach kurzer Zeit entlassen werden und belasten den Etat der Wehrverwaltung; die Einstellung kann unter Umständen aber auch dem einzelnen schaden, bestehende Leiden, wie Herz- oder Lungenleiden sowie Nervenkrankheiten verschlimmern oder schlummernde Krankheitsanlagen wecken. Es verdient in dieser Hinsicht Beachtung, daß im deutschen Heere die Zahl der vor der Zeit als invalide Entlassenen ständig zunimmt. Diese betrug 1870 31,5 auf 1000 Mann, 1900 dagegen 42,5. Das kann daher rühren, daß entweder der Dienst ein schwererer und anstrengenderer geworden ist oder, daß jetzt viel mehr schwächliche Leute eingestellt werden wie früher. Wenn allerdings, was die Wehrordnung zuläßt, an einem Tage bis 200 Mann gemustert werden dürfen, dann ergibt sich ohne weiteres, daß der Gesundheitszustand des einzelnen nicht mit der wünschenswerten Genauigkeit geprüft werden kann. Von militärärztlicher Seite ist darauf hingewiesen worden, daß auch dem Wehrersatzstand der Rekruten mehr Beachtung geschenkt werden sollte, damit vor allem die Schwächlinggen erkannt und vom Wehrdienst ferngehalten werden. Das sind diejenigen, welche ihrer Ausbildung die größten Schwierigkeiten entgegenstellen, zum Selbstmord neigen und die häufigste Veranlassung zu Soldatenmishandlungen geben.

Besondere Beachtung wird bei der Musterung dem Vorhandensein von Bruchanlagen und Eingeweidebrüchen geschenkt. Eine Bruchanlage befreit nicht vom Militärdienst; wie häufig diese vorkommt, ergibt sich daraus, daß von sämtlichen Eingestellten etwa 1/3 eine derartige Anlage aufweist. Ein ausgebildeter Leistenbruch befreit dagegen in den meisten Fällen vom Militärdienst; immerhin weisen doch etwa auf 1000 Eingestellte drei ein solches Gebrechen auf.

Alkohol und Verbrechen. Auch wenn man die Lehre Lombrosos vom geborenen Verbrecher als zu weitgehend zurückweisen muß, wird man doch zugeben, daß die Wissenschaft der Kriminalanthropologie uns mit einer Reihe unanfechtbarer Tatsachen bekennt gemacht hat, die den Zusammenhang zwischen Verbrechen und den körperlichen Zuständen des Verbrechers zu klären imstande sind. Zu den bestbekanntesten Tatsachen gehört auf diesem Gebiete der Zusammenhang zwischen Alkohol und Verbrechen. Dieser wird in dreifacher Weise konstatiert. Einmal ist nachgewiesen, daß die Kinder trunkstüchtiger Eltern sehr leicht zum Verbrechen neigen. So fand Lombroso, daß bei 27 Proz. der Verbrecher die Eltern derselben der Trunksucht ergeben waren, der Italiener Morro sogar bei 41 Proz. Daß die chronischen Säufer, die jeden moralischen Halt verloren haben, die an Charakter- und Willensschwäche leiden, ein großes Kontingent zu den Gesetzesübertretern stellen, ist jedem Kriminalisten bekannt. Von den wegen Betrugs, Landstreicherei Bestraften dürfte der größte Teil dem chronischen Alkoholismus verfallen sein. Endlich wirkt der akute Rausch in geradezu unheimlicher Weise auf die Begehung einer Anzahl Verbrechen ein. Der Betrunkene, der seiner Sinne nicht mehr mächtig ist, neigt zu unbändiger Streitsucht, grobem Unfug und selbst blutigen Gewalttaten. Bei diesen Delikten sowie bei denen gegen die Sittlichkeit und gegen die staatliche Autorität ist danach der Rausch hinsichtlich ihrer Entstehung von der allergrößten Bedeutung. In welcher erschreckendem Maße dies der Fall ist, das lehrt eine Statistik, welche Prof. Köfler in Wien aufgemacht hat. Er bearbeitete zwei Jahrgänge des Wiener Landgerichts hinsichtlich der genannten Delikte und fand, daß von 100 Verurteilten nur 41,2 Proz. ihr Delikt im nüchternen Zustande begangen hatte, 58,8 Proz. dagegen in der Trunkenheit. Bei den 20 bis 30jährigen waren es relativ am meisten trünke Verbrechen gegenüber den anderen Altersklassen. Die übrigen waren dem Alkoholismus mehr ergeben als die Verheirateten. Der Staat hat also auch vom kriminellen Standpunkte das größte Interesse, gegen die verheerenden Wirkungen des Alkohols einzuschreiten.

**Berichte aus Fachreisen.**

Berlin. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere diesjährige Waisener-Versammlung wie üblich am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, und zwar in den Prachtzalen Al Berlin, Saal 2, stattfindet. Die Kolleginnen und Kollegen sammeln sich in ihren Verkehrslokalen und marschieren von dort demonstribativ nach dem allgemeinen Versammlungsort. Auf zur Waisener! Mit Gruß Die Geschäftsleitung.

Gelenau. (Lumpige 20 Pf.) In der Dittersdorfer Filz- und Krantuchfabrik A.-G. wurde mehreren Nacharbeitern dafür 20 Pf. Strafe abgezogen, weil sie nach der Vermutung des Direktors einige Wollballen verunreinigt hatten. Sie beteuerten ihre Unschuld und wiefen darauf hin, daß der Hund des Wächters die ganze Nacht über frei umher laufe. Die Bestraften verlangten am Lohngeh ihr Geld zurück. Bekommen haben sie es aber nicht. Als mehrere der Betroffenen den Direktor besiegeln nacheinander angingen, äußerte er: „Dem's nicht paßt, der kann gehen.“ Und zu einem andern sagte er: „Ich bin nun heute bereits sechsmal der Lumpigen 20 Pf. wegen angehalten worden.“ Doch aus der Welt geschafft hat der Herr die „lumpige Sache“ nicht durch Zurückgabe der Strafgelder. — Die Arbeiter des Betriebes dürften daraus die Lehre ziehen, daß sie sich samt und sonders gnedts Wahrung ihrer Rechte dem Deutschen Textilarbeiterverbande anschließen müssen.

Landeshut. Risiko der Arbeit. Am 21. April geriet die Spinnereiarbeiterin Anna Frömel im Feinspinnfaal der Emerschen Spinnerei so unglücklich in die Maschine, daß ihr ein Finger amputiert werden mußte. Einige andere Finger sind stark beschädigt. Ein Wunder sind derartige Unglücksfälle nicht. Eine Antreiberin herrscht gerade in diesem Betriebe wie nicht bald in einem zweiten.

**Langenbielau.** Die hiesige Filiale des Textilarbeiterverbandes hielt am Mittwoch, den 12. April, im Saale des Herrn Heim. Tilg ihre Quartalsgeneralversammlung ab. Aus dem von dem Kassierer, Geschäftsführer Franz Scholz erstatteten Kassierenbericht war wiederum nur Erfreuliches zu entnehmen. Die Mitgliederzahl wie auch die Kassenergebnisse haben sich auch in diesem Quartal wieder wesentlich gebessert, dank der Mitarbeit einer Anzahl arbeitsfreudiger Vertrauensleute. Mögen aus diesem Beispiel auch alle anderen Mut schöpfen zur Mitarbeit, die in der Ausbreitung und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen die Gewähr setzen für eine wirtschaftliche Besserstellung auch der hiesigen Textilarbeiter. — Als Kandidat zum Gewerkschaftsleiter wurde einstimmig der Kollege Jos. Lang benannt. Der angefertigte Vortrag über den „Wert der Konsumgenossenschaften“ wurde von der Tagesordnung abgesetzt und bis auf eine der nächsten Versammlungen verschoben. Von dem Kollegen Lang wurde dann noch darauf hingewiesen, daß zwischen den Zentralverbänden Abmachungen dahingehend bestehen, daß alle die Mitglieder, die ihren Beruf wechseln, auch zur Organisation des neu gewählten Berufs überzutreten müssen. Es hat also jede Ortsverwaltung die Pflicht, die Mitglieder auf diesen Beschluß aufmerksam zu machen und darauf zu achten, daß demselben Rechnung getragen wird. Besonders richtet sich diese Mahnung an die als Bauarbeiter Tätigen, da an solche in Zukunft keine Arbeitslosenunterstützung mehr zur Auszahlung gelangt.

**Mühlhausen i. G.** In der am Donnerstag, den 13. April, abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde zugunsten des freien Sonabendnachmittags eine Resolution angenommen, die als Solidaritätsklärung mit den Kameraden aufgeführt werden kann.

Die Arbeiterkassiererei verpflichtete sich, auch in Mühlhausen mehr wie bis jetzt für die Erringung des freien Samstagnachmittags Propaganda zu machen.

**M.-Glabbach.** Das Abflauen des Geschäftsganges macht sich hier in erhöhtem Maße bemerkbar. Die Lage der Arbeiterschaft ist eine tief traurige zu nennen. Verarbeiten von schlechtem Material, Aussehen, Warten auf Material und Kündigung sind an der Tagesordnung. Es sind Betriebe vorhanden, deren Leiter erst nach wiederholtem Vorstelligwerden der Belegschaft sich bereit erklärten, des Samstags den Betrieb ruhen zu lassen. Man kann es den Arbeitsuchenden nachfühlen, besonders den Familienvätern, wie schwer es ihnen ist, von einem Betriebe zum andern zu laufen und um Arbeit nachzufragen, aber noch niederdrückender ist es, wenn auf die Frage, ob Arbeit vorhanden, ihnen die Antwort zuteil wird: „Machen Sie, daß Sie hinaus kommen!“ Bei Vorstelligwerden der Arbeiterschaft wird von dem profitierenden Unternehmer immer die Konkurrenz anderer Industrieorte ins Feld geführt; zu Unrecht, denn die Löhne sind in hiesiger Gegend bedeutend niedriger als in anderen Gegenden. Als das Zweifelhafte dieser hier Einzug hielt, wurde von seiten des Deutschen Textilarbeiterverbandes seine Gegnerschaft dazu in ausreichendem Maße bekannntgegeben. An unserer Gegnerschaft gegenüber diesem System werden wir auch festhalten, mag man uns auch deswegen schmähen. Wir müssen ein System bekämpfen, dessen Schädlichkeit wir einmal erkannt haben, und von dem der Nutzen lediglich auf Seiten der Fabrikanten ist, die damit versuchen, den Mehrwert zu erhöhen auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter. Schwere Gesundheitsbeschädigungen, zerrüttete Nerven sind unausbleibliche Folgen des Zweifelhafte, welche den Arbeiter um viele Jahre früher als sonst zum Invaliden machen. Von seiten des christlichen Textilarbeiterverbandes wurde seinerzeit die Einführung des Zweifelhafte Systems gutgeheißen. Man schrieb, die christliche Textilarbeiterkassiererei sei in ihrer Allgemeinheit keine prinzipielle Gegnerschaft des Doppelstufensystems. Es ist aber nunmehr die Frage zu beantworten: Ist mit allen gegebenen Mitteln versucht worden, die Unternehmer zu zwingen, die dafür vereinbarten einschränkenden Bestimmungen einzuhalten? Die Frage der Zweckmäßigkeit berührt ja nicht das Prinzip.

**Nürnberg.** In der letzten Mitgliederversammlung der Filiale Nürnberg wurde von mehreren Kollegen darauf hingewiesen, daß seit einiger Zeit der Zugang nach Nürnberg wieder besonders stark ist. Da wir diesen Zustand auf die Dauer nicht mit ansehen können, da wir hier am Orte selbst noch genug ausgeperrte Kollegen haben, betrachten wir es als unsere Pflicht, die Kollegen allerorts darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich in Zukunft zuerst an den Arbeitsnachweis zu wenden haben. Wir müssen es uns unbedingt zur Aufgabe machen, den Herren Fabrikanten ihr frevelhaftes Spiel mit Arbeiterexistenzen auszutreiben und ihnen so lange die Arbeitskräfte von auswärts fernhalten, bis sie gelernt haben auch den Arbeiter als maßgebenden Faktor im wirtschaftlichen Leben anzuerkennen. Es wurde daher beschlossen, über sämtliche Betriebe der Gold- und Silbermanufaktur die Sperre zu verhängen. Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen allerorts, uns zur wirksamen Durchführung unseres Beschlusses zu verhelfen und keine Veränderung vorzunehmen, ohne den Arbeitsnachweis zu benützen. Derselbe befindet sich bei Jakob Laubenhach, Schlotfegergasse 8 I.

**Literatur.**

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Von diesem Werke sind bis jetzt die Nrn. 1 bis 8 erschienen. Probenummern sind kostenlos vom Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz) erhältlich.

„Die Neue Zeit“, Nr. 29. Jahrbuch des deutschen Arbeiterstatistikerbundes und der Volksstatistiker Österreichs und der Schweiz für das Jahr 1911. Verlag: Gustav Richter, Vahr i. Baden.

Die Holzindustrie in der amtlichen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907. Verlag: Deutscher Holzarbeiterverband, Berlin.

Die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse in den Karosseriebauwerkstätten. Verlag: Derselbe.

**Briefkasten.**

? Die deutsche „Werkmeisterzeitung“ erscheint in Düsseldorf.

**Bekanntmachungen.**

**Vorstand.**

Sonntag, den 30. April, ist der 17. Wochenbeitrag fällig.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsschnitt anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Ueber 20 Gramm schwere Inlandbriefe müssen mit 20 Pf. frankiert werden. Jeder Zuschrift sollten die Absender ihre vollständige Adresse beifügen, damit man in den Fällen, wo sich eine Rückkehrung oder eine sonstige Sendung infolge der Zuschrift an den Absender notwendig macht, nicht erst lange nach dessen Adresse zu suchen braucht.

**Geschäftsführer-Gesuch.**

Für die Filiale Stuttgart wird zum Antritt per 1. Juli 1911 ein Geschäftsführer gesucht. Kollegen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftlichen, rechnerischen und rednerischen Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung, mit der Aufschrift „Werbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Hübsch, Berlin O. 27, Andreasstraße 61 II, bis zum 15. Mai 1911 einzureichen. Zeugnisse und dergl. sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben, auch seit wann in die angegebene Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit. Gehalt 1700 Mark pro Jahr, steigend um jährlich 100 Mark bis zum Höchstjahre von 2300 Mark. Der Vorstand.

**Ortsverwaltungen.**

**Adressenänderungen.**

- Gau 4. Ronsdorf. V.: Franz Winter, Wilhelmstr. 26.
- Gau 7. Füssen. V.: Adalbert Fink, Luitpoldstr. 3; K.: Adolf Nijon, Brunnengasse 15.
- Gau 10. Varenstein. K.: G. Kern, Bahnhofstr. 33.
- Gau 12. Lauban. V.: Emil Wümel, Vertelsdorf b. Lauban, Nr. 34a (alle Zuschriften an diesen).
- Gau 13. Pärchim. V und K.: Karl Otto, Berliner Str. 3.
- Gau 13. Schwiebus. V.: Matthias Kircher, Zerrwinkel 7; K.: Gerhard Galbig, Halbestadt 38.

**Neu gegründet:**

- Gau 13. Calbe a. Saale. V.: Otto Schmidt, Griebenerweg 10; K.: Otto Franz, Schloßstr. 56.

**Mit anderen Filialen verschmolzen:**

- Gau 6. Unterbach mit Stuttgart.
- Gau 6. Weilheim mit Kirchheim-Teck.
- Gau 6. Singen ist eingegangen.

Berlin. Das ehemalige Mitglied unserer Organisation, Weber Paul Thürschmidt, hat nach Verpflichtungen an unsere Verwaltungsstelle aus seiner Tätigkeit als Hauskassierer. Bei seiner Wiederanmeldung als Mitglied unseres Verbandes ersuchen wir, vor seiner Aufnahme bei uns die nötigen Erkundigungen einzuziehen.

Die Geschäftsleitung Berlin, Andreasstr. 17.

Braunschweig. Der Kollege Franz Vogel, Buchnummer 468 543, eingetreten am 7. März 1910 in Braunschweig, geboren 20. Juni 1893 in Ober-Erlitz (Ostpreußen), ist von hier abgereist, ohne sich abzumelden. Ortsverwaltungen, speziell wo Zuteilbetriebe sind, bei denen sich Vogel anmeldet, werden dringend ersucht, seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Heinrich König, Braunschweig, Neustadttring 16.

Hofweim. Die Herberge für organisierte Kollegen ist nicht mehr die „Garküche“, sondern das neugebaute „Hotel Sächsischer Hof“.

Die Filiale Weilheim-Teck hat sich mit der Filiale Kirchheim u. Teck verschmolzen, und sind in Zukunft sämtliche Zuschriften an letztgenannte Filiale zu richten.

Die Ortsverwaltung Kirchheim-Teck.

**Totenliste.**

**Gestorbene Mitglieder.**

- Berlin. Edwin Fahner, Stricker, 21 Jahre alt — Lungenkatarrh.
- Hollenhain. Richard Leschner, Weber, 50 Jahre alt — Herzleiden.
- Burkhardtshausen. Am 23. April Robert Darr, 59 Jahre alt — Magenkrampf.
- Crimmitschau. Am 15. April Helene Neuschrank, Andreeferin, 52 Jahre alt — Magen- und Leberleiden; Jakob Zeuk, in Neukirchen, Weber, 47 Jahre alt — Blutarmut.
- Finsteralbe. Emil Köllner, 23 Jahre alt — Lungenentzündung.
- Forst. Ferdinand Pfeiffer, 36 Jahre alt — Lungenkrankheit.
- Hannover-Linden. Christian Queren, Weber, 55 Jahre alt — Herzschlag; Frau Minna Hülsing, Stöperlein, 69 Jahre alt — Lungenentzündung.
- Meerane. Richard Bachmann, Weber, 52 Jahre alt — Lungenleiden.
- Neumünster. Am 6. April Peter Olsen, Weber, 23 Jahre alt — Herzleiden; 21. April Friedrich Bornemann, Weber, 48 Jahre alt — Herzleiden.
- Sandhofen. Wilhelmine Peger aus Braunsfeifen (Mähren), 39 Jahre alt — Blutvergiftung.

Ehre ihrem Andenken!

**Streitfalltafel.**

- In Streit oder Aussperrung befinden sich: Textilarbeiter aller Art in: Coesfeld (Kolk u. Co.; Herwig, Zed u. Sontkamp; Sielemann u. Krone). Hof a. Saale. Blankenburg (Schwarzatal) (Vollrath u. Sohn). Eilenburg.
  - Spinner in: Verbiers (Belgien).
  - In Bewegung ohne Streit befinden sich: Weber und Weberinnen in: Markersdorf bei Reichenau (Bürger). Leisnig (Heinrich Vöttger).
  - Färbereiarbeiter in: Freiburg (Baden). Chemnitz. Langenbielau. Wien.
  - Textilarbeiter überhaupt in: Dänemark. Posamentierer in: Königsberg i. Pr. Kopenhagen (G. Winstrom). Roth bei Nürnberg (Josef Mayer).
  - Spitzen- und Gardinenweber in: Dobrich bei Dresden.
  - Seiler in: Bremen.
  - Manglelei- und Appreturarbeiter in: Langenbielau.
  - Zuteilarbeiter in: Ostfries.
- Aus verschiedenen anderen Gründen ist Zugang ferngehalten von der Seidenweberei von Ferd. Meyer in Badisch-Rheinfelden; Hattorf; Lahr, Kiefer, Schaab u. Scholder; München, Posamentierfirma Christian Wed; Sebnitz; Weberei von W. Winkler,

C. H. Paul; Pulsnitz in Sachsen; Wachsstockfabrik, Griesheim a. M.; Ankum (Hannover), Seilerei von Bergmann; Baumwollspinnerei Krefeld in Krefeld; Flachspinnerei Grünner u. Faltis in Gai-nitz (Sachsen); Flachsgarnspinnerei vorm. Renner u. Comp. zu Friedeberg-Köhrsdorfa. Queis; Zillertal, Leinenweberei Sachs u. Söhne; Schö-nungen-Braunschweig (Treibriemenweberei und -Seilerei von Danzfuß); Teppichwebereien in München-bernsdorf; Grimma, Spitzenfabrik Birkgit u. Co.; Göttingen (Südd. Baumwollindustrie Altenstedt); Seidenstoffweberei Bern, vorm. Uebe, in Göttingen (Elfaß); Manufaktur de Draps (Inhaber: Pirson) in Golbey bei Epinal (Frankreich); M.-Glabbach, Weberei von Schippers u. Daniels; Füllwebereien im Erzgebirge; Tuchmachern nach Ramenz i. Sachsen; Groß-röhrsdorf i. Sachsen (C. G. Boden u. Söhne); Gaußsch, Kammgarnspinnerei; Nürnberg, Gold- und Silbermanufaktur.

**Bersammlungskalender.**

- Berlin. Zentralstelle: Jeden Freitag, abends von 5—9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17: **Zahltag.**
- Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—9 Uhr, bei Lohau, Neue Jakobstr. 26: **Zahltag.**
- Berlin. (Sektion der Dekateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Nadte, Neue Jakobstr., Ede Inselstr. **Zahltag.**
- Berlin. (Sektion Weigenjee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Lederstraße: **Zahltag.**
- Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Efte, Wallstr. 32—33.
- Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Gohlswitzerstr. 24, bei Paschte.
- Berlin. (Für den Norden.) Zahlstelle: Brunnenstr. 79, bei R. Döhling.
- Berlin. (Für Rixdorf-Brick.) Zahlstelle: Zietzenstr. 69, bei Kramer.
- Berlin. (Für Südost.) Zahlstelle: Schlesische Straße 38 bei W. Neumann.
- Berlin. (Für Rummelsburg.) Zahlstelle: Hauptstr. 87 bei S. Rozontel.
- Berlin. (Sektion der Weber.) Jeden Donnerstag, abends von 8—10 Uhr, bei Schulz, Frankfurter Allee 60: **Zahltag.**
- Bielefeld. Freitag, 5. Mai, bei Hannemann, Webereistr. 5.
- Flumenthal. Dienstag, 9. Mai, bei Ständer.
- Burg. Dienstag, 9. Mai.
- Ebersbach. Sonnabend (Samstag), 6. Mai, abends 7½ Uhr, in der „Traube“.
- Eibenstock. Sonnabend, 6. Mai.
- Gningen. Sonntag, 7. Mai, im „Nögle“.
- Erlangen. Sonnabend (Samstag), 6. Mai.
- Falkenstein i. B. Sonntag, 7. Mai.
- Forstheim. Sonnabend (Samstag), 6. Mai, abends 8 Uhr, bei May, Wiesenstr. 6.
- Fürth. Sonnabend (Samstag), 6. Mai, bei Zid, Wassergasse.
- Füssen. Jeden Zahltag-Sonnabend, abends 7 Uhr, in der „Traube“.
- Göppingen. Sonnabend, 6. Mai, abends 7½ Uhr, im „Hufaren“.
- Grüna i. Sa. Sonnabend, 6. Mai, abends 8½ Uhr, in Schö-nsteins Restaurant.
- Gütersloh. Sonntag, 7. Mai, vormittags 10 Uhr.
- Kassel. Freitag, 5. Mai, im „Gewerkschaftshaus“.
- Kisingen. Montag, 8. Mai, im „Greifen“.
- Köngelsfeld i. B. Sonntag, 7. Mai.
- Leobshaus. Sonnabend, 6. Mai.
- Leisnig. Sonnabend, 6. Mai, abends 8½ Uhr.
- Markirch. Montag, 8. Mai, abends 8½ Uhr, im Bureau: **Frauenstudienabend.**
- Meerane. Mittwoch, 3. Mai, im Sitzungszimmer, Augustastr. 38: **Frauenstudienabend.**
- Mesingen. Freitag, 5. Mai, abends 8 Uhr, in der „Traube“.
- Mittweida. Sonnabend, 6. Mai, abends 8½ Uhr, im „Volkshaus Hofgarten“: **Vortrag.**
- Mörsingen. Sonnabend (Samstag), 6. Mai.
- Mühlau-Reschshaus. Sonnabend, 6. Mai, abends 8½ Uhr, im „Mährischen Hof“ in Reschshaus.
- Neumünster. Montag, 8. Mai, im „Elyfium“: **Verbandsfunktionäre.**
- Neustadt D.-Schl. Sonnabend, 6. Mai, im „Gewerkschaftshaus“, Bramsenstr. 9.
- Nowawes. Jeden Freitag, abends von 8 bis 9 Uhr, bei Siemle, Wallstraße: **Zahltag.**
- Nördlingen. Sonnabend (Samstag), 6. Mai, im „Braunen Hof“.
- Nürnberg. Dienstag, 9. Mai, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Ösnabrück. Sonnabend, 6. Mai, abends 8½ Uhr, bei Möller, Bischofstr. 14/15.
- Pöfned. Sonnabend, 6. Mai, in Bestels Restaurant.
- Reutlingen. Sonnabend, 6. Mai, abends 8½ Uhr, im „Goldenen Krug“, Lindenstr. 36.
- Ronsdorf-Remscheid. Montag, 8. Mai, abends 7 Uhr, bei Radermacher, Eberhardtstr. 42.
- Schwerin i. Mecklenb. Donnerstag, 4. Mai, abends 8½ Uhr, im „Thalia“.
- Sommerfeld. Dienstag, 9. Mai, abends 8½ Uhr, im „Fürfürsten“.
- Stettin. Sonnabend, 6. Mai, abends 8½ Uhr, im „Volkshaus“, Große Oderstr. 18—20, Zimmer 1.
- Treuen i. B. Sonnabend, 6. Mai.
- Urach. Sonnabend (Samstag), 6. Mai, in der „Weberbleiche“.
- Wilhelmsburg. Dienstag, 9. Mai, abends 8 Uhr, bei Stüben, Reiberstieg 178/184.
- Zetel. Sonntag, 7. Mai, in Zetel.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

**ANZEIGEN**

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Unserem Kollegen  
**Albert Trefzer**  
und der Kollegin  
**Berta Baier**  
zu ihrer am 29. April stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche in der Ehe und auf ihrem ferneren Lebensweg.  
Die Kollegen und Kolleginnen der Verwaltungsstelle  
Lörrach. Zahlstelle Zell (Wiesental).

**Bettmössen**

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben! Auskunftsamt:  
Institut „Sanitas“, Velburg 59 Bayern

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 29. April.  
Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Bagener. — Druck: Bormarts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.